

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 129.

Mittwoch, den 5. Juni 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Gewerkschaft und Volkswirtschaft.

„Diejenige Gewerkschaftsbewegung, der es gelingt, einen größtmöglichen Prozentsatz ihrer Mitgliedschaft im Sinne der positiven Anteilnahme an einer rationalen Produktionssteigerung zu beeinflussen, hat ihre Aufgabe für das nächste Menschenalter deutscher Wirtschaftsentwicklung gelöst!“

Mit dieser allerneuesten Weisheit schließt ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Th. Brauer, eine übrigens nicht uninteressante Abhandlung über „Gewerkschaft und Volkswirtschaft“ (Verlag von Gustav Fischer, Jena), in der versucht wird, eine einheitliche Gewerkschaftstheorie aufzustellen. Denn die christlichen Gewerkschaften befinden sich in einer Sackgasse, weil sie den Weg zum Sozialismus vermeiden wollen. Und nun suchen sie nach einem Ausweg. Brauer sieht die Gewerkschaftsbewegung zwar in einer „Periode des Überganges“. Aber er weiß noch nicht, „wo der Strom des gewerkschaftlichen Lebens schließlich münden wird“. Darüber besteht jedoch kein Zweifel, „daß wir uns vor einer entscheidenden Wendung der Gewerkschaftspolitik befinden“. Die Gewerkschaftsbewegung stehe deshalb vor einer Wende; weil sich eben die „Erkenntnis aufdrängt“, daß auch sie ihre Grenzen habe, die zwar immer wieder hinausgeschoben werden könnten, mit denen aber nichtsdestoweniger gerechnet werden müsse. Diese Grenzen würden von dem Stand der Produktivität gezogen. Ohne eine Steigerung der Produktivität könnten die Gewerkschaften keine kürzere Arbeitszeit und keinen höheren Lohn erringen. Entsprechend der fast märchenhaften Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens hätten sich die Gewerkschaften bis weit in das 20. Jahrhundert hinein in die Rolle eines Marschalls Vorwärts gefallen können. Jedenfalls schien es unmöglich zu sein, sich graue Haare wachsen zu lassen über die Frage, ob und wann denn nun einmal eine gewisse Grenze erreicht sein werde. Nun aber komme der Zeitpunkt, wo die Steigerung der Produktivität lediglich durch die Verbesserung der Technik, durch Konzentration der Produktion und durch Erhöhung der quantitativen menschlichen Arbeitsleistung nachlassen müsse. Eine weitere Steigerung der Produktivität müsse deshalb erstrebt werden durch Anteilnahme der gewerkschaftlich geschulten Arbeiter an den Bestrebungen zur Herbeiführung des Produktionsfortschrittes, persönliche Initiative und allgemeine Wertschätzung positiv fortgeschrittener Arbeitsleistung. Das soll heißen: Erziehung der Arbeiter zu qualitativ hohen Arbeitsleistungen. Daraus müsse sich weiterhin ergeben die Möglichkeit vernünftigen, d. h. nicht zersetzenden Grenzens der gesteigerten Ertragsleistungen und als Voraussetzung dazu Veredelung des Geschmacks innerhalb der Arbeiterschaft.

Wenn der christliche Gewerkschaftstheoretiker Brauer sich nicht damit begnügt hätte, das wenig wertvolle Buch des Kölner Handelschullehrers Professor Adolf Weber: „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit“ zu lesen, wenn er vielmehr auch in die sozialistische Literatur eingedrungen wäre, dann hätte er gefunden, daß seine neue „Erkenntnis“, daß der Gewerkschaftsbewegung durch die jeweilige Produktivkraft Grenzen gezogen werden, eine uralte sozialistische Lehre ist, und daß schon vor zwei Menschenaltern Karl Marx in seiner Abhandlung „Lohnarbeit und Kapital“, die 1849 in mehreren Leitartikeln der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zuerst erschien, erklärt hat:

„Die unerläßliche Bedingung für eine passable Lage des Arbeiters ist möglichst rasches Wachsen des produktiven Kapitals.“

Das ist nichts anderes als die Steigerung der Produktivität. Der Sozialismus hat auch die Arbeiter gelehrt, daß sich der Lohn nicht willkürlich steigern, die Arbeitszeit nicht ganz nach Belieben verkürzen lasse, daß den Gewerkschaftsbestrebungen also Grenzen gesteckt sind. Die in sozialistischer Erkenntnis erzogenen Mitglieder der freien Gewerkschaften haben sich deshalb auch nie dem Wahn hingegeben, mit der Gewerkschaftsorganisation alles erreichen zu können — eben deswegen sind sie Sozialisten. Karl Marx hat den Arbeitern ja auch schon vor 65 Jahren gezeigt, daß mit der Erhöhung ihres Lohnes, mit der Hebung ihrer Lebenslage ihre Armut in der kapitalistischen Gesellschaft deshalb nicht geringer, ihr Lebensglück nicht größer wird: „Ein merkliches Zunehmen des Arbeitslohnes setzt ein rasches Wachsen des produktiven Kapitals voraus. Das rasche Wachsen des produktiven Kapitals ruft ebenso rasches Wachstum des Reichtums, des Luxus, der gesell-

schaftlichen Bedürfnisse und der gesellschaftlichen Genüsse hervor. Obgleich also die Genüsse des Arbeiters gestiegen sind, ist die gesellschaftliche Befriedigung, die sie gewähren, gefallen im Vergleich mit den vermehrten Genüssen des Kapitalisten, die dem Arbeiter unzugänglich sind, im Vergleich mit dem Entwicklungsstand der Gesellschaft überhaupt. Unsere Bedürfnisse und Genüsse entspringen aus der Gesellschaft; wir messen sie daher an der Gesellschaft; wir messen sie nicht an den Gegenständen ihrer Befriedigung. Weil sie gesellschaftlicher Natur sind, sind sie relativ er Natur.“

Die Steigerung der Produktivität ist also zwar die Vorbedingung der Lohnsteigerung. Aber mit der Erhöhung der Löhne verbessert sich die gesellschaftliche Lage der Arbeiter so lange nicht, als der Reichtum der Besitzenden relativ mehr steigt als der Arbeitslohn. Denn Armut und Wohlstand sind relative Begriffe: die Armut läßt sich nur messen an dem Reichtum der Besitzenden, an dem Gegenlag der beiden Klassen. Das ist es, was die Gewerkschaftler fühlen, die nicht auf sozialistischem Boden stehen: daß sie mit den Lohnkämpfen allein nicht zu einem befriedigenden Zustand kommen. Mit der Anteilnahme der gewerkschaftlich geschulten Arbeiter an den Bestrebungen zur Herbeiführung des Produktionsfortschrittes wird an dieser Tatsache aber nichts geändert. Was die Gewerkschaften nach dieser Richtung hin tun können, das haben die freien Gewerkschaften bisher auch getan. Diese haben den größten Anteil an der Erziehung der Arbeiter, sie haben die Arbeiter intelligenter, auch beruflich geschickter gemacht. Und es ist die sozialistische Gesellschaft, die das meiste tut, um eine Veredelung des Geschmacks innerhalb der Arbeiterschaft zu erzielen.

Einen großen Anstoß zur Verbesserung der Technik und zur Steigerung der Produktivkraft haben aber stets gerade die gewerkschaftlichen Kämpfe gegeben. Lohn erhöhungen, Verkürzungen der Arbeitszeit zwingen die Unternehmer, Verbesserungen ihres Betriebes zu bewirken. Eine Grenze der Produktionssteigerung durch technische Verbesserungen, Konzentrationen, Vermehrung des Kapitals usw. läßt sich gar nicht voraussehen. Die „Unmöglichkeit“, die gewerkschaftlichen Forderungen zu gewähren, stand nach der Überzeugung der Unternehmer meistens fest, und dennoch waren sie möglich. Die Grenzen, die jetzt von den nichtsozialistischen Gewerkschaftlern gesehen werden, sind nichts anderes als die Grenzen, die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unter der kapitalistischen Produktionsweise den Bestrebungen der Arbeiter überhaupt gesteckt sind. Mit Förderung der „Qualitätsarbeit“, handwerksmäßiger Ausbildung usw. lassen sich die Grenzen für die Arbeiterklasse so wenig überschreiten, wie man das Handwerk durch Zünfte wieder zur Blüte bringen kann. Wenn die Grenze der Steigerung der kapitalistischen Produktion gekommen sein wird, gibt es nur noch eine Hilfe: die Ablösung der kapitalistischen durch die sozialistische Produktion.

Auf diesem Boden des Sozialismus werden sich einmal alle Gewerkschaften zusammenfinden müssen: und das ist der einzige „Wendepunkt“, vor dem die Gewerkschaftsbewegung steht!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Attentat auf die Immunität der preussischen Landtagsabgeordneten.

Am Montag nachmittags sollte vor dem Landgericht Hannover Genosse Leinert über die Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus vernommen werden. Genosse Leinert erklärte, an dieser Stelle nicht auszusagen zu wollen. Was er getan habe, habe er nach seinem pflichtgemäßen Ermessen getan. Leinert verzichtete demzufolge auch auf die Befreiung des von dem Polizeileutnant Kolb verfaßten Berichts über die Behandlung Leinerts und Borchardts im preussischen Dreiklassenhaus.

Konservative Wahlvorsteher auf der Anklagebank.

In Seehausen, Kreis Mansfeld, sind die sozialdemokratischen Kontrolleure bei der Reichstagswahl sowohl am Haupt- wie am Stichwahltag mit Gewalt aus dem Wahllokal hinausbefördert worden. Diese unter wüsten Schimpfereien begangenen Gewaltakte hatten zwei Klagen gegen Wahlvorstandsmitglieder im Gefolge. Am Sonnabend verhandelte das Schöffengericht Eisenleben gegen den Gutsbesitzer Ramdohr, der als Wahlvorstandsbesitzer unseren kontrollierenden Genossen einfach kurzerhand ins Genick gepackt und mit einem Fußtritt zur Tür hinausgestoßen hat. Der Beklagte erklärte im Vergleichswege,

125 Mk. in die sozialdemokratische Parteikasse zahlen zu wollen, was natürlich nicht angenommen wurde. In der Verhandlung wurde nun durch Zeugen die grobe Mißhandlung und die Beischimpfung unserer Genossen durch Ausdrücke wie „rote Bande“ und „Lumpen“ nachgewiesen. Der Herr Gutsbesitzer erhielt für diese Mißtaten eine Geldstrafe von 100 Mk. zubüßend. Der Schriftführer desselben Wahlvorstandes, Gutsbesitzer Oberleutnant Rath war schon vorher wegen der Beischimpfungen unserer Genossen zu 75 Mk. Strafe verurteilt worden. — Der Staatsanwalt hatte es abgelehnt, gegen die beiden Gutsbesitzer Anklage zu erheben, trotzdem ein Antrag unserer Genossen vorlag. Nach Ansicht des Staatsanwalts lag kein öffentliches Interesse vor! Konservative Terroristenstreiche sind Privatangelegenheit; bei Arbeitern sind dergleichen Taten Staatsverbrechen.

Ein neuer Fall Grafenstaden.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ist noch nicht damit zufrieden, daß die Grafenstadener Fabrik im Falle Heyler „gekuschelt“ hat, sie eröffnet gegen den Nachfolger Heylers, einen Herrn v. Seymüller, eine neue Hege. Schon um den Seelenzustand der Kräfte, die den Grafenstadener Skandal inszenierten, näher kennen zu lernen, ist es interessant zu hören, was das Organ der rheinischen Schwerindustrie gegen diesen Herrn v. Seymüller einzuwenden hat. Es schreibt:

„Wenn das Sprichwort „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamme“ sich in diesem Falle bewahrheitet, möchten wir dem preussischen Eisenbahnministerium recht sehr empfehlen, sich den mutmaßlichen neuen Leiter von Grafenstaden angelegentlich unter die Lupe zu nehmen. Sonst könnte es ihm geschehen, daß es vom Regen in die Traufe kommt und die Weischen sich ins Fäufelchen lachen. Der Vater, dessen hohe architekturgeschichtliche Verdienste wir voll anerkennen, hat (neben seinen großen allgemeinen Werken) sich besonders um die exakte Erforschung der alt-europäischen Kunst bemüht, aber seine zahlreichen Veröffentlichungen über viele Äußerungen dieser wundervollen ur-deutschen Kunst sind unseres Wissens sämtlich in französischer Sprache abgefaßt und als „Baron de Seymüller“ gezeichnet. ... Ob in einem solchen Hause der Geist der Erziehung zum Deutschtum wehte, möchten wir hinsichtlich solcher Stillwidrigkeit mit einem großen Fragezeichen versehen.“

Also der junge Seymüller darf keine Eisenbahnlokomotiven konstruieren, weil der alte Seymüller Werke in französischer Sprache geschrieben hat! Und zu solchen despotischen Eingriffen des Staates in die Privatindustrie hegt ein Blatt, das sonst die Tyrannei des sozialistischen Zuchthausstaates und die Gefahren des sozialdemokratischen „Terrorismus“ gar nicht schauerlich genug ausmalen kann!

Eine neue fortschrittliche Dummdreistigkeit.

Im Sächsischen „Tag“ salbadert ein Richard Eichhoff, Professor, Mitglied des preussischen Dreiklassenlandtages, durchgefallener Kandidat der Fortschrittler in Remscheid, über „die Isolierung der Sozialdemokratie“. Der Monsieur schlägt erst ein paar Purzelbäume aus Freude darüber, daß die Klüfflungsarbeiten die „einmütige Zustimmung aller großen bürgerlichen Parteien gefunden haben“, und glaubt dann noch besonders verichern zu sollen, daß die fortschrittlichen Mannen nicht etwa aus taktischen Gründen, sondern aus „Überzeugung“ für den Militarismus und Marinismus eingetreten sind. Das wirkt insofern komisch, als schon seit Jahren niemand daran zweifelt, daß die „liberalen“ Beutepolitiker Deutschlands rettungslos und hoffnungslos dem militaristischen Wahnsinn verfallen sind. Dann aber kommt der Glanzpunkt: Herr Eichhoff konstatiert mit großer Genugtuung, daß nunmehr die Sozialdemokratie „völlig isoliert ist“.

Ja, heiliger Bimbam, wann war sie das denn nicht? Von wenigen unverbesserlichen Träumern abgesehen, die an die Mehrheit der Linken glaubten, vielleicht auch noch glauben, hat die Sozialdemokratie sich niemals Illusionen über den Fortschritt gemacht. Sie hat aus taktischen Gründen diese Partei, die einen Eichhoff in ihren Reihen hat, bei den Stichwahlen herausgehauen, aber dabei ganz wohl gewußt, daß der Fortschritt in sehr vielen Fragen — ihre Zahl wird immer größer — mit der Rechten gehen wird. Sie weiß, namentlich seit den Tagen des Bülowblocks, daß der Fortschritt vielfach nicht einmal mehr ein kleines Übel darstellt. Aber da er es in einigen Punkten doch eben noch ist, so mußte er nach diesem Gesichtspunkt bei den Stichwahlen behandelt werden. Die Sozialdemokratie hat dabei nicht im entferntesten daran gedacht, aus ihrer „Isolierung“ herauszukommen; sie weiß sehr wohl, daß sie als proletarische Partei unter bürgerlichen Parteien stets isoliert sein wird.

Man muß insofern den Subelartikel des Herrn Eichhoff noch anders bewerten. Dieser Herr ist nämlich in

seiner eigenen Partei gefährdet, als einer von jenen, die die Partei immer noch tiefer in den reaktionären Sumpf hineinzerrn wollen. Er jubelt jetzt, weil es seiner Partei tatsächlich gelungen ist, selbst jene zu enttäuschen, die noch an die leibliche Möglichkeit glauben, den Prozeß der Zerlegung des Liberalismus aufzuhalten. Durch ihre nichtswürdige Haltung im Reichstage wie besonders im preussischen Landtage (siehe das Verhalten im Fall Borchardt) haben die Fortschrittler von neuem den Beweis erbracht, daß sie der Gemeinschaft mit den nationalmiserablen Volksverberrern und den Junkern nach wie vor würdig sind. Dieses Verhalten mag vielleicht einzelnen von ihnen die Schamröte ins Gesicht treiben, aber ein Eickhoff fühlt sich in seinem Element und jubelt. Keine Kritik unerseits kann so vernichtend für die Partei sein, wie das überhöchliche Lob, das ihr der Herr Eickhoff zollt.

Wenn dieser Monsieur sich schließlich erdreistet, zu behaupten, die Vertreter der Sozialdemokratie schändeten die Ehre des Parlaments, indem sie alles mit Füßen traten, was Millionen guter Preußen und Deutschen heilig und teuer ist, so braucht man dem keine Silbe hinzuzufügen. Nichts kann besser die Illusionen von der „Neubelebung des Liberalismus“ abtun, als diese öde Schimpferei eines einstigen „fortschrittlichen“ Abgeordneten.

Im Wahlkreise des Freiherrn v. Erffa, des Präsidenten des preussischen Landtags, fand am Sonntag nachmittag eine Protestversammlung gegen die Ausweisung des Genossen Borchardt statt. Der Landtagswahlkreis Erffa bildet einen Teil des Reichstagswahlkreises Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück. Erffa selbst bewirtschaftet ein Rittergut im Kreise Ziegenrück; sein Sohn ist dort Landrat. Dem Druck der maßgebenden Kreise ist es zu danken, daß die Landarbeiter des Kreises Ziegenrück in wirtschaftlicher Beziehung zu den schlecht-bezahltesten Arbeitern ganz Deutschlands gehören; in politischer Beziehung wird ein solcher Terrorismus geübt, daß kein Wirt des ganzen Kreises seinen Saal zu einer Versammlung hergibt. Nur einem besonderen Umstande war es zu danken, daß am vergangenen Sonntag in einem der größten Orte, in Kölska, eine Versammlung stattfinden konnte. In hellen Häufen waren die Arbeiter von fern und nah herbeigeströmt, um den Genossen Julian Borchardt über die Vorgänge im Landtage und über den Wahlrechtskampf in Preußen zu hören. Mit brausenden Hochrufen wurde Genosse Borchardt im Wahlkreise des Herrn v. Erffa empfangen, mit gespannter Aufmerksamkeit folgte die Versammlung seinen Ausführungen und durch stürmischen Beifall gab sie zum Schluß zu erkennen, daß sie entgegen Herrn v. Erffa und entgegen der Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses auf Seiten des Gen. Borchardt steht. Nach dem Gen. Borchardt ergriff noch der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Gen. Heinrich Schulz, das Wort; er wies darauf hin, daß im Landtagswahlkreise Erffas bei der letzten Reichstagswahl 9000 sozialdemokratische Stimmen und insgesamt 6000 bürgerliche, darunter 2400 konservative gegenüberstanden. Erffa könne sich also nicht als Vertreter des Volkes betrachten. Nur dem Dreiklassenwahlrecht, diesem Geldack- und Privilegienwahlrecht habe er seine Wahl zu verdanken. Der Auforderung des Redners, die Vorbereitungen zur nächsten Landtagswahl noch intensiver als früher zu betreiben, um durch den erneuten Nachweis der aufreizenden Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlrechts umso mehr zu seiner Beseitigung beizutragen, stimmte die Versammlung mit brausendem Beifall und unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie zu.

Herr v. Erffa, dem volle Redefreiheit und volle Freiheit zu Zwischenrufen eingeräumt worden war, war in der Versammlung natürlich nicht erschienen.

Obstruktion im preussischen Landtage.

Der Landtag des Fürstentums Reuß j. L. hat in zweiter Lesung eine Vorlage angenommen, die unter gewissen Bedingungen einen Stellvertreter für den Besitzer des Fürstlichen Lehens Reuß-Köstritz, in seiner Eigenschaft als Abgeordneter, vorsieht. Die sozialdemokratische Fraktion brachte diese Vorlage in dritter Lesung dadurch zu Fall, daß sie vor der Abstimmung geschlossen den Sitzungssaal verließ und dadurch die Beschlußfähigkeit des Landtages herbeiführte.

Oberreiß-Ungarn.

Ein parlamentarischer Staatsstreich in Ungarn. Am Dienstag ist vom ungarischen Abgeordnetenhause die so lange im Mittelpunkt des Streites stehende Wehrvorlage angenommen worden, allerdings unter einem Entrüstungssturm der Opposition. Das Wollische Bureau berichtet darüber:

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses begann mit einem ungeheuren Tumult. Präsident Graf Tisza eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung stand die Generaldebatte der Wehrvorlage. Mehrere Abgeordnete der äußersten Linken wünschten das Wort zur Geschäftsordnung. Der Präsident verweigerte dies, ebenso lehnte er die Abhaltung einer geschlossenen Sitzung ab. Es erhob sich darauf ein ungeheurer Tumult. Der Abgeordnete Bela Kun warf dem Präsidenten vor, er sei parteipolitisch. Der Präsident rief ihn zur Ordnung. (Stürmischer Lärm der äußersten Linken, lebhafter Beifall rechts; die äußerste Linke rief dem Präsidenten zu: „Halten Sie die Geschäftsordnung ein!“ Andauernder großer Lärm.) Der Präsident Graf Tisza rief zahlreiche Abgeordnete zur Ordnung. — Die äußerste Linke setzte den Lärm fort. Einige Abgeordnete trampelten mit den Füßen, schlugen mit den Palmbäumen und bliesen auf Trompeten. Die Worte des Präsidenten waren kaum verständlich. Auf Antrag des Präsidenten wurden einige Abgeordnete dem Saal auszuweisen überwiesen. Hierauf gelangte der Antrag Szepeshazy, täglich zwei Sitzungen abzuhalten, zur Abstimmung. Der Antrag wurde unter ungeheurem Beifall der Rechten angenommen. Hierauf brachte der Präsident die Wehrvorlagen zur Abstimmung. Die ganze Rechte erhob sich mit stürmischem Beifall, Handklatschen und Hoch-

und Eisenrufen. Der Präsident erklärte, daß die Wehrvorlagen im allgemeinen angenommen seien. Sodann beräumte der Präsident eine Sitzung auf gestern nachmittag 4 Uhr, mit der Tagesordnung: Verhandlung des Landwehrgesetzes an.

Hierauf wurde um 10 1/2 Uhr unter ungeheurem Tumult die Sitzung suspendiert. Die meisten Abgeordneten blieben im Saal. Der Lärm dauerte ungeschwächt fort.

Um 11 1/4 Uhr eröffnete Präsident Graf Tisza von neuem die Sitzung. Auf der äußersten Linken brach wiederum ein ungeheurer Lärm aus. Man rief dem Präsidenten zu: „Hinaus mit Ihnen! Psui!“ Die Abgeordneten pfliffen, bliesen auf Trompeten und trommelten auf die Bänke. Während des ungeheuren Lärms ließ der Präsident das Protokoll verlesen. Auf der äußersten Linken wurde geschrien: „Schmach und Schande!“ Der Präsident erklärte unter stürmischem Beifall, Handklatschen und Eisenrufen der Rechten, das Protokoll der Sitzung für authentifiziert. Er schloß um 5 Minuten nach 11 1/4 Uhr die Sitzung unter andauerndem Pfeifen und Schreien der Linken. Die Abgeordneten blieben in erregter Diskussion beisammen.

Während der ganzen Sitzung des Abgeordnetenhauses herrschte ein unbeschreiblicher Lärm. Die Opposition unterbrach die Ansprache des Präsidenten, Grafen Tisza, durch leidenschaftliche Zurufe und schleuderte ihm ernste Schmähungen entgegen (der Abgeordnete Suthy schrie wiederholt: „Chloroform Schurke!“), während die Majorität dem Präsidenten zjubelte und jedes seiner Worte mit frenetischem Beifall und Handklatschen begrüßte. Präsident Graf Tisza sagte nach erfolgter Abstimmung: „Ich bin bei meinem Borgehen nur dem Gebote meines Gewissens gefolgt, in der Überzeugung, daß ich dem ungarischen Parlamentarismus und den Interessen der Nation einen Dienst erweise. Darüber kann nur das Abgeordnetenhause mein Richter sein, und ich werde diesem Gelegenheit geben, wenn es das für notwendig hält, in dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.“ Der Abgeordnete Suthy wurde wegen seines Zurufes dem Immunitätsauschuß überwiesen.

Während der Pause war im Abgeordnetenhause eine starke Abteilung Polizei erschienen, und zwar entgegen der ergangenen Weisung schon während der Pause, während die Order dahinging, daß die Polizisten erst am Ende der Sitzung Aufstellung nehmen sollten. Der Zweck dieser Maßnahme war, daß etwaige Gewaltakte der Opposition vermieiden werden sollten. Beim Auftreten der Polizisten brach die Opposition in laute Psuirufe aus. Die Polizisten wollten zuerst den Agrarier Grafen Michael Karolyni hinausführen, der sie leidenschaftlich anführte und ermahnte, nicht die Hand an Abgeordnete zu legen. Sedoch ließen diese sich nicht beirren und führten 21 Abgeordnete von der Suthy- und Rossuthy-Partei aus dem Saale. Die meisten Abgeordneten fügten sich resigniert in ihr Schicksal und verließen, von zwei Polizisten am Arme geführt, den Sitzungssaal. Die Abgeordneten der Opposition brachten ihnen Ovationen dar. Auch die Mitglieder der Journalistentrübüne applaudierten. Nur der Abgeordnete Suthy jr., Sohn des Parteiführers, leistete Widerstand und schlug wütend um sich. Er konnte nur unter heftigem Sträuben aus dem Saale entfernt werden. Unter den ausgeschlossenen Abgeordneten befinden sich der Parteiführer Suthy und der ehemalige Justizminister Polonyi. Die Weggeführten riefen beim Verlassen des Saales aus: Schmach, Schande, Verfassungsbruch! Während der Szene waren nur wenige Mitglieder der Regierungspartei im Sitzungssaale.

Sämtliche Mitglieder der Opposition begaben sich in den großen Kuppelsaal des Hauses und hielten dort eine Konferenz ab; in dieser erklärte Graf Apponyi, es sei zu hoffen, daß die ungeschicklichen und mit Verletzung der Formen votierten Wehrvorlagen nicht die Zustimmung des Magnatenhauses finden und vom König nicht werden sanktioniert werden. Graf Michael Karolyni erjuchte den Grafen Appony auf Grund seiner Beziehungen zum Ausland diese flagrante Verletzung des Parlamentarismus zur Kenntnis des Auslandes zu bringen.

Belgien.

Die Wahldemonstrationen dauern an. In der Provinz Hennegau haben die Metallarbeiter den Generalstreik erklärt; sämtliche Fabriken sind geschlossen. Auch im Becken von Mons streiken etwa 2000 Arbeiter.

Rüstungspolitik, Junkerregiment und Staatsstreichgelüste

lautete das aktuelle Thema, über das der preussische Landtagsabgeordnete Genosse Robert Leinert-Hannover gestern abend im Gewerkschaftshause sprach. Schon von 7 Uhr ab strömten die Massen aus allen Richtungen der Windrose nach ihrem Heim in der Johannisstraße. Sogar von auswärts waren zahlreiche Parteigenossen gekommen, um einen von den sechs unerschrockenen Vertretern des Proletariats in der preussischen Duma zu hören, einen von denen, für die das Wort: „Jeder Preuße ist vor dem Gesetze gleich“ auch keine Gültigkeit hat. Kopf an Kopf drängten sich die Massen, als der Vorsitzende, Genosse Löwigt, um 7 1/2 Uhr die Versammlung eröffnete und dem Redner das Wort erteilte.

Genosse Leinert, mit lebhaftem Beifall empfangen, ging in seinem Referat zunächst auf den Ausfall der Wahlen ein und erörterte die Ursachen der Niederlage des schwarzblauen Blocks. Er betonte, daß der Freisinn gezwungen war, der Sozialdemokratie den Stichwahlkompromiß anzubieten, wenn er nicht ganz unter die Räder kommen wollte. Nachdem dann noch die Vorgänge bei der Präsidentenwahl im Reichstage besprochen, kritisierte Genosse Leinert die jämmerliche Haltung der Nationalliberalen. Weil im nächsten Jahre die preussischen Landtagswahlen stattfinden, und im Osten die Konservativen maßgebend sind, wollen die Nationalliberalen es nicht mit den Junkern verderben. Das war auch der Grund, warum die Nationalliberalen in Gemeinschaft mit dem Zentrum ihre Leute abkommandierten, als im Abgeordnetenhause die Wahlrechtsanträge zur Beratung standen. Die Ausholksvertreter hatten den traurigen Mut, die Anträge zu Falle zu bringen. Die Nationalliberalen haben deshalb auch keinen Grund mehr im Reiche. Sie gehen ihrer Auflösung entgegen. Sie haben sich ja auch bei der Wehrvorlage im Reichstage als die schlechten Schüler der Junker gezeigt.

indem sie erklärten, was die Regierung fordere, genüge nicht den Ansprüchen. Nebenbei wollte man der Großindustrie noch Profite verschaffen. Die Millionen, die die Industrie feindlich für den Wahlkampf ausgegeben haben, mußten ja wieder Zinsen tragen. Bei der Geschichte hat aber auch die Zentrumspartei mitgeholfen. Das Zentrum wollte sich als die treueste Stütze der Nation zeigen, obwohl das Zentrum jeden Augenblick bereit ist — wenn es seinen Zwecken entspricht — mit den „Reichsfeinden“ und Sozialdemokraten in Verbindung zu treten. Es warf ein großes Schlaglicht auf die Haltung des Zentrums, als der preussische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer darauf hinwies, daß 1893 sein Vater der einzige Zentrumsabgeordnete gewesen ist, der für die Militärvorlage stimmte. Damals ordneten die Zentrumsgesinnlichen Gebete für seinen Vater an, damit er wieder in den Schoß des militärfeindlichen Zentrums zurückkehre. Heute ist es umgekehrt. Das zeigen auch die Vorgänge bei dem Bergarbeiterlohnkampf im Ruhrgebiet. Dort hat das Zentrum eine verbrecherische Politik getrieben. Es gab keine günstige Zeit für einen Bergarbeiterstreik als wie sie bei Ausbruch des letzten Ruhrstreiks war. Vom Auslande waren keine Kohlen zu erwarten. Trotzdem behaupteten die Zentrumskräfte, daß die Zeit nicht geeignet zu einem Lohnkampf sei. Das Zentrum hat auch im Reichstage sofort für die Wehrvorlage gestimmt. Wenn das Volk fortgesetzt erhöhte Militäraufgaben aufzubringen hat, tragen jene Parteien die Schuld. Das geht nun schon so weit, dem Regierungsantritt Wilhelms II., der den Panzerplatten- und Kanonenfabrikanten ein guter Protektor geworden ist. Krupp giebt im Essen die Kanonen und auf der Germania in Köln macht er die Panzerplatten. Die Widerstandskraft des Panzerplatten und die Durchschlagkraft der Kanonen wechseln nun regelmäßig ab und die Herren machen dadurch ihr Geschäft, häufen Riesenerlöse auf. Bei einem Besuch in Wilhelmshaven habe er, Redner, für 20 Millionen veraltetes Kriegsmaterial gesehen, das für Kriegszwecke völlig wertlos geworden sei. So wird mit dem Gelde der Steuerzahler umgesprungen. Nun heißt es, durch die Rüstungen würden auch die Arbeiter mit Lohn und Brot versorgt. Das ist ganz genau das selbe, wenn die reichen Leute sagen würden, wir essen Aufieren und trinken Sekt, und wenn wir das nicht tun würden, so hätten die in den Artikeln beschäftigten Arbeiter nichts zu tun. Die Kriegsschiffe sind eben keine Handelschiffe. Sie veralten und werden nach kaum zwei Jahrzehnten ausrangiert. Wir können das so hinausgeworfene Geld aber besser anwenden. Wir brauchen 100 000 Lehrer, wir brauchen 15-20 000 Schulen, wir brauchen Eisenbahnen und eine Menge anderer Kulturwerke. Die Arbeiter, die durch die Abrüstung frei werden, können also anderwärts beschäftigt werden. Es ist viel nötiger, daß die Arbeiter sich neue Panzer auf den Leib schaffen, sich besser kleiden können, als Kriegsschiffe zu bauen. Und in der Beschäftigungsindustrie könnten dann auch mehr Arbeiter beschäftigt werden. Wir könnten heute schon die Arbeitszeit verkürzen und einen menschenwürdigeren Lohn einführen. Aber man hat jetzt in allen Ländern die gleiche Erscheinung, daß man eine neue Politik treibt, die allgemein als Imperialismus bezeichnet wird. Die Kultur, das Kapitalismus soll in die dunklen Erdteile getragen werden. Dazu gehört ein starker Militarismus. In Wirklichkeit geht man nicht darauf aus, den Eingeborenen Kultur zu bringen, sondern sie zu Heloten herabzumwürdigen und mit den barbarischsten Mitteln zu unterdrücken. Er erinnere nur an die Hereros, die von deutschen Christen in die Sandwüste getrieben wurden, wo sie elend verhungern und verdursten mußten. Darunter waren Tausende von Frauen und Kindern. Das ist künftliche Zivilisation. Und im Vorjahre behaupteten die Alldeutschen, wir müßten auch Marokko haben, als ob die Marokkaner auf eine solche Behandlung warteten, wie wir sie den Hereros angeheiden ließen. Wie die Marokkaner die Europäer aufnehmen, zeigen die jetzigen Zustände daselbst; zeigt auch Tripolis. Das Militär ist aber auch ein Machtmittel des Kapitalismus gegen den sogenannten „inneren Feind“. Das hat selbst Wilhelm II. in seiner Rede offenbart die er im November 1891 bei der Vereidigung der Garderekruten hielt. „Es könne für die Soldaten die Zeit kommen, auf Vater und Mutter, auf Bruder und Schwester zu schießen — das haben ferner die Junker vom Schlage eines Oldenburg-Januschau eisenbart. Wenn der Militarismus aber lediglich ein Herrschaftsinstrument der Privilegierten ist, sollten eigentlich die Herren das Militär auch selbst bezahlen. Statt dessen besetzen diese Kreise alle Offizierstellen und lassen das Volk die Kosten bezahlen. Gerade dieser Umstand deckt die ungeheure Lust auf, die der Militarismus dem preussisch-deutschen Volke geschlagen hat. Die Junker sind überall Trumpf. Preußen ist der Hort reaktionärer Bestrebungen. Preussischer Geist herrscht überall, auch in Lübeck, selbst in Süddeutschland. Preußen hat die führende Rolle im Reiche. Der preussische Staat stützt sich aber nicht auf das Volk, sondern auf den Militarismus und die militärisch organisierte Polizei. Ich erwähnte vorher, daß wir 4 1/2 Millionen sozialdemokratische Wähler haben. Wenn alle diese Wähler Mitglieder der Partei sein und die Arbeiterzeitungen lesen und sozialistische Literatur anschaffen würden, dann hätte der preussische Geist der Unterdrückung am längsten eine Stätte im deutschen Volke gehabt. Wenn die Kinder und die Jugend von den Eltern im sozialistischen Sinne erzogen würden, so wäre es ein Unding, daß die so aufgezogenen Soldaten auf Vater und Mutter, auf Bruder und Schwester schießen würden. Es ist darum die Pflicht aller Arbeiter, in diesem Sinne rastlos tätig zu sein.

Trotzdem man 1848 in Preußen den König gezwungen hatte, den Hut abzunehmen vor den Opfern seines Militarismus, trotzdem die politische und technische Entwicklung durch die ganze Welt gegangen ist und einen ungeheuren Aufschwung brachte, trotzdem ist Preußen heute noch der alte Polizeistaat von damals. Die Verwaltung und Politik ist noch die gleiche. Im Osten sitzen noch immer die Nachkommen der Raubritter und geben den Ton an. Die Landräte sind mächtiger als die Minister. Überall in Preußen hält man es für selbstverständlich, daß die Landarbeiter, Beherrscher ihrer Gutsherrscher sind. Wenn etwas in Preußen besser geworden ist, so ist das ausschließlich der Reichsgesetzgebung zu danken. Unerschütterlich aber steht noch der Polizeibureaokratismus da. Die Landräte sind immer noch die Vertrauensleute der Gutsherrscher. Preußen ist der Hort der Reaktion. Alles das ist aber nur möglich durch die sogenannte Volksvertretung in Preußen. Das preussische Abgeordnetenhause ist ja in Wirklichkeit keine Volksvertretung, sondern nur eine Vertretung der Geldsäcke des Landes. Früher hat ja auch niemand an den preussischen Landtag gedacht. Auf dem Parteitage in Köln beschloßen unsere Genossen, sich nicht an den preussischen Landtagswahlen zu beteiligen. Erst als man im preussischen Landtag ein kleines Sozialistengesetz machen wollte, und dieses mit drei Stimmen Mehrheit abgelehnt wurde, beteiligten wir uns an den Landtagswahlen. 1898 und 1908 hatten wir keinerlei Erfolg. Erst 1908 gelang es, sieben Mandate zu erobern. fünf wurden bekanntlich gleich wieder hinausgeworfen. Wir sind aber wiedergekommen. Nun sind wir sechs. Es sollte trotzdem so bleiben, wie der Präsident von Kröcher sagte: daß die Sozialdemokratie im Abgeordnetenhause nur als Objekt, nicht als Subjekt der Gesetzgebung betrachtet wird. Als aber Heilmann-Gollweg nach der Einbringung seines Wahlrechtswechselbals von uns mit einem

kräftigen Psul empfangen wurde, ist es den Herren klar geworden, daß wir hingekommen waren, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Das war in diesem Hause noch nie vorgekommen. Aber dafür hat man uns auch bei jeder Gelegenheit das Wort abgeschnitten. Herr von Pappenheim, der konservative Führer, hat damals im Abgeordnetenhaus erklärt, daß er den Schriftführer beauftragt habe, bei jedem Beratungsgegenstand einen konservativen Redner vorzusetzen. Der konservative Führer hält also den Schriftführer für den Schriftführer der konservativen Partei. Als Herr von Kröcher — der frühere Präsident — einmal zu einer Veranstaltung des Bundes der Landwirte nach der Provinz Sachsen kommen sollte, telegraphierte er, daß er nicht erscheinen könnte, weil er im Abgeordnetenhaus die Sozialdemokratie beaufsichtigen müsse. (Stürmische Heiterkeit.) Herr Jordan von Kröcher sagte uns einmal, wir sollten uns betragen, wie königstreue Leute. Als ob wir wüßten, wie es in königstreuen Kreisen zugeht, als ob wir uns in den Zustand solcher Herren versetzen könnten, wenn sie nach patriotischen Festen voll süßen Weines sind und nicht mehr Himmel und Erde erkennen können. Wir sind freie Männer und Vertreter des Volkes. Und als solche üben wir unsere Tätigkeit aus. Die Junker haben dafür erklärt, mit Sozialdemokraten könnten sie sich in den Kommissionen nicht an einen Tisch setzen. Kein Wunder, wenn wir mit der Gesellschaft in Konflikt kamen. Man gab Herrn von Kröcher für unsere Unterdrückung auch noch den Hausrechtsparagrafen. Er hat ihn nicht angewendet und die Sache satt bekommen. In seiner Stelle kam nun der Junker Freiherr v. Grffa. Ein Mann, der nicht einen Funken Humor hat. Herr v. Grffa betrachtet das Abgeordnetenhaus lediglich als seinen Gehhof, auf dem er sein Gesinde beaufsichtigt. Er verwechselt die Geschäftsordnung mit der Gesindeordnung. Auch kein Wunder, denn das preussische Abgeordnetenhaus ist ja auf der Gesindeordnung aufgebaut. (Heiterkeit.) So kann es auch nicht wundernehmen, wenn Freiherr v. Grffa es fertig brachte, unsern Genossen Hoffmann zur Ordnung zu rufen, weil dieser den Krieg beleidigt haben sollte. (Stürmische Heiterkeit.) Die Herren beschwerten sich über unsern Ton. Aber unser Ton ist der Ton des Volkes, der allerdings noch nicht im Abgeordnetenhaus gehört worden ist. Wir Sozialdemokraten sind im Abgeordnetenhaus von den Konservativen als Pöbel und Stehler, als Strolche und Verbrecher bezeichnet worden und dann beschwerten sich die Herren noch über unsern Ton. Die Gegner werden nicht zur Ordnung gerufen wenn sie uns beschimpfen, wir werden schon zur Ordnung gerufen, wenn wir uns die Beschimpfung verbitten. (Laute Psulrufe.) Aus diesen Umständen heraus konnte sich auch nur das entwickeln, was sich am 9. Mai im Abgeordnetenhaus zugetragen hat. Genosse Borchardt machte Zwischenrufe, als ein nationalliberaler Redner gegen ihn polemisierte. Der Junkerpräsident Herr von Grffa schnüffelte seine Gesindeordnung durch und wies Borchardt auf seinen Platz. Und dann kam die preussische Polizei ins Parlament. Das war nicht das erstemal. Schon im Jahre 1848 kam die Polizei und hinderte das Parlament, freiwirtschaftliche Gesetze zu machen. Diesmal kam die Polizei, um die freigesetzten Volksvertreter an der Ausübung ihres Mandates zu hindern. Der Junkerpräsident wußte, daß wir uns dem Hausrechtsparagrafen widersetzen würden. Trotzdem rief er die Polizei ins Haus. Jene Szene war eine der widerlichsten, die jemals in einem Parlament vorgekommen ist. Redner erörterte dann unter stürmischer Heiterkeit in farcatischer Weise die Vorgänge bei der skandalösen Entfernung des Genossen Borchardt aus dem Abgeordnetenhaus. Die Parteien, die ein anderes Wahlrecht haben wollen, sind von rund 169 Abgeordneten im Hause vertreten, obwohl sie 1 500 000 Stimmen hinter sich haben. Die Reaktionsparteien dagegen haben nur 700 000 Stimmen aufgebracht, dafür aber 279 Vertreter im Hause. Von den preussischen Großgrundbesitzern sieht die Hälfte im Abgeordnetenhaus. Und das nennt sich Volksvertretung — nach außen. Allerdings in Wirklichkeit ist sie es nicht. Von Rechts wegen müßte das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen bestehen. Das ist 1848 von der Landständevvertretung beschlossen und lediglich durch einen Staatsstreich genommen worden. Aber die Wahlrechtskämpfe werden doch schließlich wirken. So großartig hat noch kein Volk der Erde bis in die kleinste Hütte hinein Aufklärung über das Wahlrecht verbreitet, wie unsere preussischen Genossen. Wir werden in diesen Kämpfen auch nicht nachlassen, trotzdem Wilhelm II. in Straßburg sich gegen die moderne Verfassung ausgesprochen hat und dort Topfschlagen üben wollte, weil die Elsaß-Lothringer Gebrauch von ihrem Recht gemacht hatten. Wir Preußen sind allerdings Deutsche dritter Klasse, bei uns haben vier Erstklassige das gleiche Recht wie dreizehn zweiter und dreihundert dritter Klasse. Die Elsaß-Lothringer wollten nicht nur Deutsche erster Klasse heißen, sondern auch sein. Und Wilhelm II. sagte: Bisher habt ihr mich von der guten Seite kennen gelernt, ihr könnt mich aber auch von der anderen Seite kennen lernen. Wenn das nicht anders wird, schlage ich eure Verfassung in Scherben. Also weil die Elsaß-Lothringer Volksrechte wahrnahmen, sollten sie gestraft werden. Die Entrüstung über die Worte unseres Genossen Scheidemann im Reichstage, die von der bürgerlichen Presse in eine Beschimpfung des preussischen Volkes umgefälscht wurden, war deplaziert, denn es war den Elsaß-Lothringern eine Strafe angedroht worden, sie sollten Preußen werden. Sie sollten unter ein Wahlrecht kommen, das niederrächtiger und erbärmlicher ist als das zur russischen Duma. (Lebhaftes Hört, hört!) Und wir werden in Preußen kämpfen mit Nägel und Zähnen, bis wir ein besseres Wahlrecht errungen haben. (Lebhaftes Bravo!) Der Kampf der Sozialdemokraten um die politische Macht beschränkt sich nicht auf Preußen. Er ist deutscher, er ist internationaler Kampf. Und auch Sie in Lübeck, die auch unter einem erbärmlichen Wahlrecht stehen, müssen den Kampf mit durchkämpfen. Die Gegner haben zwar noch eine gewaltige Macht. Sie haben das Militär und die Polizei. Sie können hundert und tausend Menschen totschießen. Aber sie können nicht 4 1/2 Millionen totschießen. „Blut ist ein ganz besonderer Saft“ schrieb Goethe im „Faust“. Kommt es einmal zum Blutvergießen, so tragen die Herrschenden die Schuld. Revolutionen werden nicht von unten, sondern von oben gemacht. Wenn man die Arbeiter verachtet wie in Preußen, so kann man das geduldige Volk reizen. Kommt es aber zu einem Kampfe, bei dem es, um mit dem Junker Pennebrandt zu reden, aufs Ganze geht, dann wird sicherlich noch mehr hinweggefegt als nur das preussische Wahlrecht. (Lebhaftes Bravo.) Auch die Lübecker Arbeiter, die unter einem ebenso schändlichen Wahlrecht feigen, werden ihren Mann stehen im Kampfe für Recht und Freiheit. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

In der Diskussion meldete sich niemand zum Wort, obwohl auch das Bürgertum in der Versammlung vertreten war. Der Vorsitzende, Genosse Löwig, richtete dann noch einen eindringlichen Appell an die Versammelten, es nicht bei dem bloßen Protest gegen die wahnsinnigen Heeres- und Flottenrüstungen, gegen das Junkerregiment in Preußen und die absolutistischen Gesetze gekrönter Haupter bewenden zu lassen, sondern einzutreten in den Sozialdemokratischen Verein und die Gewerkschaften, Leiter der Arbeiterpresse, des

„Volksboten“ zu werden. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde gegen 11 Uhr die imposante Versammlung geschlossen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 5. Juni.

Tarif-Abschluss. Nachdem die Brennerarbeiter der Brennerei Krummsee sich in den Brauerei- und Mühlenarbeiterverband aufnehmen ließen, wurde durch letzteren ein Vertrag mit Herrn Brennereipächter Hilmers-Krummsee abgeschlossen. In demselben ist eine Lohnerhöhung von 3 Mark pro Woche vorgezogen. Des Weiteren wird eine geregelte 10stündige Arbeitszeit eingeführt. Überstunden werden mit 50 resp. 60 Pfg. pro Stunde vergütet. Urlaub ohne Lohnabzug von 2-6 Tagen wird alljährlich gewährt. Bei Krankheit und militärischen Übungen wird ein Teil des Lohnes bis zu 14 Tagen gewährt und anderes mehr. Mit diesem Vertrag können die Brennerarbeiter zufrieden sein, zumal sie noch jung in der Organisation sind. Für sie aber gilt es das Errungene festzuhalten und treu zu ihrer Organisation zu stehen. Denn nur durch eine gute Organisation ist es möglich, für den Arbeiter bessere Verhältnisse zu schaffen.

Die Vorstellung des Arbeiterbildungsvereins im Gewerkschaftshaus, die morgen abend eine Aufführung des hübschen Lustspiels „Der zweite Mann“ bringt, verdient das lebhafteste Interesse der Arbeiterklasse. Die uns vorliegenden Kritiken auswärtiger Zeitungen sprechen sich außerordentlich anerkennend sowohl über das Stück als auch über dessen vortreffliche Wiedergabe aus. Es ist deshalb ein sehr genußreicher Abend zu erwarten. Der Eintrittspreis beträgt nur 80 Pfg. Pöfentlich ist morgen abend ein ausverkauftes Haus zu verzeichnen.

R. Schöffengericht. Sitzung am 4. Juni. Wegen Körperverletzung hatte sich der finnische Matrose Korlanen zu verantworten. Am Sonnabend vor Pfingsten, gegen Abend, ging er mit zwei Landsleuten an der Untertrave entlang und verlegte plötzlich ohne jeden Anlaß einem Ränderer von hier von hinten einen heftigen Faustschlag vor den Kopf. Hierauf suchte er das Weite. Unterwegs warf er noch einen Knaben mit solcher Gewalt zu Boden, daß diesem das Blut aus der Nase stürzte. Der rohe Mensch wurde verfolgt und schließlich auf einem Ebstahn festgenommen. Zur Verhandlung war ein Dolmetscher geladen. Der Angeklagte bestritt jede Schuld, war aber mit der sechs wöchigen Gefängnisstrafe, die ihm das Gericht zubilligte, zufrieden. Das Gericht führte aus, daß gerade die finnischen Seeleute sich recht roh im Hafen aufzuführen und schon wiederholt harmlose Passanten ohne jeden Grund gemißhandelt haben. Aus diesem Grunde sei eine so hohe Strafe am Platze.

Arbeiterwitsch. Ein tödlicher Unfall ereignete sich am Montag nachmittag 4 Uhr im Betriebe der Lübecker Maschinenbaugesellschaft. Der Maler Tödt war damit beschäftigt, das Gebäude eines Trockenbaggers zu streichen. Bei dieser Tätigkeit stand er auf einem Stellagebrett. Gegen diese Stellage fuhr nun der große Kran, das Brett zerbrach und Tödt stürzte kopfüber herunter auf einen eisernen Kohlenbunker. Dabei erlitt der Bedauernswerte so schwere Verletzungen, daß er in zwei Minuten verschied. Die Ursache an dem Unglücksfall soll im Mangel an Stellagen zu finden sein. Am Dienstag kam denn auch gleich ein Wagen voll Stellagen. — Gestern erlitt ein Schlosser in dem gleichen Betriebe beim Umfallen einer Leiter eine heftig blutende Kopfverletzung, die ärztliche Hilfe notwendig machte.

Nordwestflug und Schauläge auf dem Landungsplatz an der Israelsdorfer Allee. Wir werden vom Ortsausschuß für den Nordwestflug gebeten, darauf hinzuweisen, daß zwar die Fortsetzung des Nordwestfluges vorläufig infolge des in Mitteldeutschland herrschenden Unwetters unterbrochen ist, daß jedoch die Schauläge am Donnerstag nachmittag auf dem Landungsplatz an der Israelsdorfer Allee bestimmt stattfinden werden. Die Monteurs des Fliegers Abramowitsch sind bereits eingetroffen und das Fliegerschiff befindet sich per Bahn nach hier unterwegs und wird inzwischen ebenfalls angelangt sein. — In Aussicht steht ferner nach der Besuch von drei bis fünf Militärfliegern, deren Ankunft dem Lübecker Publikum in entsprechender Weise angezeigt werden soll.

Vertagung des Nordwestfluges. Die Sportleitung des Nordwestfluges in Münster in Westfalen teilt offiziell folgendes mit: „Nach einem gestern mittag um 2 Uhr gefaßten Beschlusse der sportlichen Oberleitung ist im Einverständnis mit den am Nordwestfluge beteiligten Fliegern sowie Vereinen der Nordwestflug abgebrochen worden. Er wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.“

Der mißhandelnde Gutsherr. Vor einiger Zeit kamen hiesige Schüler aus Sarau, wo sie dem Spiel obgelegen hatten, auch durch Lübenbek. Dort wurden einige Knaben von dem Gutsherrn Baron v. G. mißhandelt. Auf gestellten Strafantrag verurteilte das Schöffengericht in Radeburg, wie dem „S. R.“ berichtet wird, den Baron wegen Körperverletzung in sechs Fällen zu 500 Mark Geldstrafe. Der Anwalt hatte Gefängnisstrafe beantragt.

In den Elbe-Trave-Kanal fiel gestern mittag gegen halb zwei Uhr in der Nähe der Hüttenortbrücke aus unbekannter Ursache eine Frau. Trotzdem man die Unglückliche bald wieder aufs Trockene brachte, gelang es nicht, sie ins Leben zurückzurufen.

Der Elefant vor dem Konditorladen. Einen seinen Körperverhältnissen entsprechenden Appetit auf Süßigkeiten hatte anscheinend ein junger berüffelter Diebhäuter, der heute Mittag zum Bahnhof geführt werden sollte. Beim Lindenplatz entwichte er seinem Wärter und wandte sich schnurstracks der Konditorei von Stammer in der Lindenstraße zu. Da der Eingang dieser Konditorei nicht für solche Gasse bemessen ist, so mußte unser Elefant vor der Türe auf der Treppe Halt machen, da er nicht so unverständig war, seinen Eintritt mit Gewalt zu erzwingen. Der Wärter, der wohl kein richtiges Verständnis für die neue Geschmacksrichtung seines Schützlings hatte, nahm nunmehr diesen beim Zipfel und veranlagte ihn, mitzukommen, was der Berüffelte mit einem letzten wehmütigen Blick auf die lockenden Käschereien denn auch tat.

Doppel-Debeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 4. Juni, morgens 6 Uhr: Wasser 14 1/2, Luft 13, morgens 10 Uhr: Wasser 15 1/2, Luft 18; mittags 12 Uhr: Wasser 16, Luft 21; abends 6 Uhr: Wasser 16 1/2, Luft 20 Grad Celsius.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Kellner aus Geln, der am zweiten Pfingstfesttag versucht hatte, eine Wohnung in der Altendornstraße, deren Bewohner er abwesend glaubte, mit Nachschlüssel zu öffnen und in dieselbe einzudringen.

pb. Eigentumsvergehen. Aus einer Bude der Landkolonie auf dem Heiligengeistkamp sind in der Nacht vom 3. zum 4. ds. Mts. ein graugestrichenes Beintleid mit gleichem Jackett, ein Paar Hausschuhe, eine blaue Mütze, 1 Petro-

leum-Fahrradlaterne, 1 blaue Weste und ein weißleinenes Jackett gestohlen.

Zirkus Sarrafant. Außer den allabendlich um 7 1/2 Uhr beginnenden Vorstellungen sind es die Nachmittagsvorstellungen am Donnerstag, Sonnabend und Sonntag, die sich zum Besuche der Interessenten besonders empfehlen. Pöfentlich um 8 Uhr beginnend, spielt sich da ein unverfälschtes Programm ab und endet um 6 Uhr mit einer daran anschließenden Staffbesichtigung. Am Nachmittage gelten für Kinder halbe Preise. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr ist Novitäten-Abend, das heißt, daß an diesem Abend erstmalig ganz neue Attraktionen gezeigt werden, von denen hier nur die große Szene Wild-West erwähnt sei. Direktor Sarrafant wird hierbei Gelegenheit haben, sich auch dem hiesigen Publikum als Kunstschütze zu zeigen. Auch für den Humor ist in dem neuen Programme in ausgiebiger Weise Sorge getragen. Der Zirkus bleibt bestimmt nur noch bis einschließlich Sonntag in Lübeck.

Hamburg. Die Lohnbewegungen in Hamburg der Hafen nähern sich ihrem Ende. Durch Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein sind nun auch für die ausländischen Fluszmaschinen befriedigende Bedingungen erzielt worden, die eine bedeutende Verfürgung der Arbeitszeit und eine ansehnliche Lohnerhöhung bringen. Der Streik ist daher aufgehoben worden. Minder günstig haben die Katarbeiter abgeschlossen, die teils bei den Großreedern, teils im Staatsbetriebe beschäftigt werden. Vater Staat erweist sich nach altem unbilligem Brauch auch hier als das Segenteil eines sozial empfindenden Unternehmers. Seine beharrliche Weigerung, den ganz unzulässigen Lohn seiner Katarbeiter angemessen zu erhöhen, ist die Ursache, daß auch die in den Nachtbetrieben tätigen Arbeiter sich mit unbefriedigenden Verbesserungen zufrieden geben müssen. Es wurde nur für die Gelegenheitsarbeiter eine Erhöhung des Tagelohnes um 20 Pfg. auf 3,80 Mark und bessere Löhne für Nacht- und Sonntagsarbeit bewilligt. Ferner soll in Konsequenz der Abmachungen mit den Schauerleuten am 1. Mai 1913 die zehnstündige Arbeitszeit durch die neunstündige ersetzt werden. Am Staatsrat und bei der Amerikanerlinie wird meistens nach einem für die Arbeiter sehr unvorteilhaften Akkordsystem gearbeitet, bei dem Vorschüsse in Tagelohnhöhe gegeben werden. Würde der Tagelohn erhöht, so müßten auch die Akkordlöhne erhöht werden; und das paßt dem Staat nicht in den Kram! So leiden unter seiner Knauerseligkeit die gesamten Katarbeiter. Ein Tarif ist nicht abgeschlossen worden. Die Woermannlinie und die Ostafrikalinie haben ihren Katarbeitern besondere Lohnabgaben gegeben, nach denen sich der Lohn für Vorarbeiter um 1 Mk. nach vierjähriger Beschäftigung auf 36 Mk., für feste Kranführer im Anfangsjah um 2 Mk., im Endjah nach dreijähriger Beschäftigung um 3 Mk., für Hilfskranführer im Endjah nach dreijähriger Tätigkeit um 1 Mk., für Schuppenreiber im Anfangsjah um 1 Mk., im Endjah nach siebenjähriger Tätigkeit um 2 Mk., für feste Katarbeiter nach fünfjähriger Beschäftigung um 1 Mk. erhöht. Ferner sind die Vergütungen für Nacht- und Sonntagsarbeit usw. verbessert worden. Die Folge der ungenügenden Bezahlung ist das starke Fluktieren der Arbeiter in den Kaitbetrieben. Da leider auch die Organisationsverhältnisse recht zu wünschen übrig lassen, ist gegenwärtig mehr nicht zu erreichen. — Noch nicht beendet ist die Bewegung der Motorschiffer. Es ist hier am 1. Juni zur Kündigung gekommen in den Betrieben, die bisher sich nicht zur Abschließung eines vom Transportarbeiterverbande übersandten Tarifs bereit erklärt haben.

Hamburg. Sind das deutsche Frauen? Mit dieser Überschrift bringt das „Leipziger Tageblatt“ von seinem Hamburger Korrespondenten folgendes: „Im Tierpark herrscht seit einigen Tagen unter der tapferen Beduinen-schar Unzufriedenheit, die bisweilen in temperamentvollen, schlagfertigen Meinungsäußerungen zum Ausdruck kommt. Schuld daran tragen aber nicht die Beduinen, sondern die vielen Hamburger jungen Frauen und Mädchen, die sich geradezu um die Gunst der Beduinen reißeln. Wenn man die flammenden Blicke dieses schönen Geschlechts und dabei die Ausdauer — sie schleichen unermüdlich Stundenlang um die Beduinenstätte herum — beobachtet, so wird man verstehen, daß die heißblütigen Beduinen diesem reizvollen Spiel nicht länger widerstehen können und die Gelegenheit, ein bißchen auf arabische Art zu kitzeln, wahrnehmen. Leider hat dieses Spiel unangenehme Begleiterscheinungen im Gefolge gehabt. Am zweiten Pfingstfesttage ist es des schönen Geschlechts wegen unter den Beduinen zu Tätlichkeiten gekommen, die das sofortige Einschreiten der Polizei und der Wach- und Schließgesellschaft notwendig machten. Mehrere Beduinen hat man, wie wir hören, bereits nach ihrer Heimat zurückbefördert. Obwohl die Firma Hagenbeck in anerkennenswerter Weise Maßnahmen zur Verhütung von derartigen Zwischenfällen getroffen und die Beamten streng angewiesen hatte, die den Beduinen sich in zu auffälliger Weise nähernden Frauen und Mädchen ohne weiteres aus dem Park zu entfernen, haben sich in letzter Zeit solche unliebbare Szenen, wie vorstehend geschildert, wiederholt. Es ist tief bedauerlich, daß die deutschen Frauen, die, was Charakter und Moral anbelangt, anderen Leuten sonst zum Vorbild dienen, sich so weit herablassen und ihr eigenes Ich in den Schmutz ziehen. Noch bedauerlicher aber ist es, wenn Mutter und Tochter, wie es hier der Fall gewesen ist, ein gemeinsames Liebeswerben beginnen und sich dabei gegenseitig Konkurrenz machen. Psui! Wir wollen hoffen und wünschen, daß diese Reilen dazu beitragen, in gutem Sinne auf die Frauen einzuwirken. Sie mögen sich auf sich selbst besinnen und zur Einsicht gelangen, ehe es für sie und vielleicht auch für ihre Familie zu spät ist.“ — Eine nette Probe der so viel gepriesenen Tugend des Bürgertums. Dafür schimpft die Gesellschaft bei passender Gelegenheit nach Kräften über Unsitlichkeit in den Arbeiterkreisen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 4. Juni. Auftrieb 8815 Schweine. Markt schlant geräumt. — Abergant — Stück.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 70,— (— bis 56,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 69,— bis 76,— (65,— bis 56,— Mk.) Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 69,00 bis 70,— (53,50 bis 54,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 69,— bis 70,— (53,50 bis 54,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,— bis 66,— (45,50 bis 50,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 64,— bis 65,— (51,00 bis 52,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 58,00 bis 63,00 (45,00 bis 49,00) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: T. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Wir gestatten uns, unseren geehrten Inserenten hiermit zur gefl. Kenntnis zu bringen, daß wir mit dem heutigen Tage außer unserem Herrn EMIL ROSE Herrn PAUL NITSCHKE als Annoncen-Akquisiteur für unser Geschäft angestellt haben. Beide Herren sind befugt, sowohl Inserate als auch Druckaufträge für uns entgegenzunehmen.

LÜBECK, den 5. Juni 1912.

Hochachtungsvoll
Friedr. Meyer & Co.
Verlag des „Lübecker Volksboten“.

Zum 1. Oktober zu vermieten freundl. abgeschlossene (706)
2-Stuben-Wohnung.
Näh. Chajotstraße 18, vt., vorn.
Maler ges. f. Fassadenanstr.
bei gutem Lohn event. im Akkord.
Angeb. unt. D M an die Exp. (862)
Ende Beschäftigung in
Handarbeit und Sticker.
Tel. 2418. (865) Paulstraße 20.
Ein fast neuer brauner Kinderwagen mit Gummireifen zu verk. (864) Reinefeld, Lindenstr. 59.

Ein Kinderwagen
billig zu verkaufen.
(856) Sudmistraße 63, I.
Zahme Katzen u. junge belgische
Hirschkämmchen billig zu verkaufen.
(857) Ernststraße 23, part.
Bilder Klempau,
werden eingerahmt.
Häufigstraße 79, 2. Et.
Lager v. Leuten in allen Preislagen.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gehe rote Lubeca-Rabattmarken.

„Plättwol“
gesetzlich geschützte Holzkohlen-
Packung D. R.-G.-M. 437 778.
Engros-Vertrieb von
E. Braunschweig
Gegründet 1871
Fleischhauerstr. 27
(207) Fernsprecher 1357.

Kürschners
Deutscher Reichstag von 1912
mit Biographien und Porträts aller 397 Abgeordneten.
Preis 60 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
und deren Kolporteurs.

Am Donnerstag, dem 6. d. Mts.,
eröffne ich **Kottwitzstraße 27 a**
ein Fettwaren- und
Delikatessen-Geschäft.
Spezialität: Käse u. Mäucherwaren.
Für gute und stets frische Ware
Sorge tragend bitte ich um gütigen
Zufluss. Hochachtungsvoll
(860) **Otto Wiesner.**

Der große Umsatz in Arbeiter-
Garberoben, welchen ich seit der
kurzen Zeit des Bestehens meiner
Firma zu verzeichnen habe, ist
ein Beweis, daß die Arbeiter-
garberoben von mir gut und
billig sind. Meine Hauptpreis-
lagen sind: (869)
Leder-Hosen 2.45 2.95 3.65 4.—
4.25 4.75
Schloffer-Hosen 1.40 1.78 2.40
Schloffer-Jacken 1.50 1.95 2.40
Kajen 1.20 1.85 1.65 1.85 2.00 2.15
Westen . . . 1.95 2.25 2.45 2.65
in Leder, Zwirn und Buckskin.
Stroh Hüte 28 48 68, für Herren
78 95 115 135, Mützen 30 35 50
68 85 103 125 135 bis 225 Pfg.
Arbeiter-Hemden 1.15 1.65 1.78
1.85 2.— 2.25
Maurer- u. Zimmerer-Hosen von
der Firma M. Mosberg in großer
Auswahl zu Original-Preisen
am Lager.
JOHANNES HOLST
Schlamm 6 und Markt 6.



Versammlung
Donnerstag, 6. Juni
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Wahl einer Wahlkommission.
3. Bericht vom Genuß.
4. Wahl der Bundestagsdelegierten.
5. Wahl der Gauvorstandsmitglieder.
6. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Genossen,
in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die verkauften Tombolalose sind
ebenfalls abzulösen.
(867) **Der Vorstand.**

Deutscher
Transportarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.
Sektions - Versammlung
der Hausdiener u. Fensterputzer
am Donnerstag, dem 6. Juni
abends 8 1/4 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Wie betreiben wir unsere
Agitation?
2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der
Kollegen bittet
(859) **Der Sektionsleiter.**

Deutscher
Transportarbeiterverband
Zusammenkunft
der beim Gasföhndampfer
„Generalmajor Stiejeff“
beschäftigten Arbeiter
am Donnerstag, 6. Juni,
abends 8 Uhr präzise
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52
Alle beteiligten Kollegen müssen
erscheinen.
(868) **Der Vorstand.**

Zentralverband der
Zimmerer.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder - Versammlung
am Donnerstag, dem 6. Juni
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht.
2. Innere Verbandangelegenheit.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
(866) **Der Vorstand.**

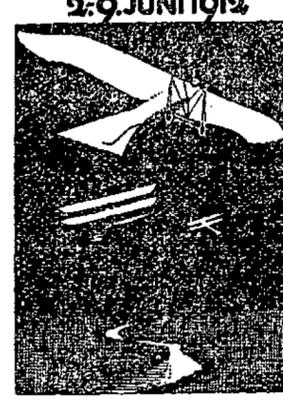
Freie Jugend Lübecks.
Sonntag, den 9. Juni:
Tagestour nach Ratzburg.
Abmarsch früh 7 Uhr. Sammeln
am Mühlenbrink. Proviant mit-
nehmen. Zur Rückfahrt erforderlich
60 Pfg. Rückkehr 8 1/2 Uhr abends.
(870) **Der Jugendausschuß.**

Zentral-Hallen
Dankwartstraße 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.
(108)

Kalnbergs
Variété und Kabarett.
Gastspiel des Variété-Ensemble
Wien-Berlin. 128
Beginn 8 1/2 Uhr. Entree 20 Pfg.

HANSA
THEATER
Tel. 610, Dr. Reinh. Gottbach, Tel. 610
Kurzes Gastspiel des
Intimen Theaters
aus Hamburg.
Ramsenit, ägyptische
Operette. In Hamburg
60 mal vor ausverkauft.
Haufe gewiekt.
Der Herr mit der
grünen Krawatte.
Gisela-Kongress
in 1 Akt.
„Stellbühnen“
Biedermeierduett. (851)
Gretel Mayhof
die bildschöne Brettkönigin
u. die übrig. Attraktionen.
Bezautes Familienprog.
Auf. pünktl. 1/2 9, Ende 11 1/2.
Gewöhnliche Preise.

Arbeiter - Bildungsverein Lübeck.
Donnerstag, den 6. Juni 1912:
Theater-Vorstellung von Mitgliedern des Deutschen
Schauspielhauses in Hamburg
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
611 Zur Aufführung gelangt die Novität:
Ihr zweiter Mann.
Lustspiel in 8 Akten von Sylvane und Froyer.
Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Preis der Karte 30 Pfg.
Der Vorstand.
Karten sind an den bekannten Stellen und abends an der Kasse zu haben.

NORDWEST-FLUG
2.9. JUNI 1912

Vorläufige Anzeige.
Donnerstag, 6. Juni
: 1912, nachmittags :
Schauflüge
durch den erprobten Wright-
piloten **Abramowitch** auf
dem **Wright'schen** Sturm-
flugzeug. Landungsplatz an
der Israelsdorfer Allee (Karlsh.)
Von 4 1/2 Uhr nachmittags ab :
KONZERT
Lübecker Verein für Luftfahrt.
(872)

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.
Bezirk Lübeck.
Einladung zum
1. Bezirks-Sängerfest
am 22. und 23. Juni 1912 im Gewerkschaftshaus zu
Lübeck, Johannisstraße 50-52.
Festfolge:
Sonnabend, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr
Fest-Kommers.
Sonntag, den 23. Juni,
vormittags 9 1/2 Uhr: **Hauptprobe.**
Nachmitt. 4 Uhr: Vokalkonzert. Abends: Ball.
Preis der Festkarte 50 Pfg., eine Dame frei.
(865) **Der Festausschuß.**
Karten sind zu haben im „Gewerkschaftshaus“, F. Lender,
Hüxstraße 94, Gust. Ehlers, Hüxstraße 110, C. Wittfoot, Hüxstr. 18
sowie bei sämtlichen Vereinsmitgliedern. **D. O.**

Nur noch bis einschl. Sonntag, den 9. Juni.
Sarrasani
Telefon 9076.
Donnerstag, den 6. Juni: **2 Vorstellungen.**
Nachmittags 3 Uhr: **Extra Familien-Vorstellung!**
Kinder auf allen Plätzen nur halbe Preise.
Abends 7 1/2 Uhr:
Novitäten-Abend
Zum 1. Male:
Wild-West-Scenen!
Kunstschießen, Lassowerfen, Voltigen, Vorführung wilder
Pferde, Indianerlager, Cowboysspiele, Ueberfall des Block-
hauses etc.
Die dressierten ur-
komischen
Gänse. **Hohe Schule**
auf dem
Manegen-Rand. **Amateur-Reiter!**
etc. etc. etc.
Und vieles andere mehr.
Circuskasse ist geöffnet ab 10 Uhr vormittags.
Für die Abendvorstellung außerdem Billeitvorverkauf bei Röhrich,
Holstenstraße 2. (858)
Nur noch 4 Tage in Lübeck!

Einundzwanzig Jahre unter Ausnahmegesetzen.

Einer der größten Irrtümer ist der, zu glauben, daß die Arbeiterbewegung mit dem gleichen Maße gemessen würde wie z. B. gemollte Übertretung der Gesetze geahndet wird. Die Tatsache besteht, und verdient immer wieder festgenagelt zu werden, daß die deutsche Arbeiterbewegung auch heute noch, nach dem offiziellen Fall des Sozialistengesetzes Bismarckscher Regierungskunst, dauernd mit anderem Maße gemessen wird, ständig unter einem geheim und gewissermaßen selbständig wirkenden Ausnahmegesetz zu leiden hat. Alle Anzeichen sprechen dafür — sie kommen aus dem Ruhrrevier — daß wir wieder in einem Jahre wahnwitziger Proletariatsverfolgung leben. Sehen wir uns nur einmal die Geschichte des juristischsten Paragrafenkrieges gegen eine Welt aus den Angeln hebende Bewegung etwas genauer an.

Im Dienste der deutschen Arbeiterbewegung tätige Personen erhielten:

Berichts-	Gefängnis	Zuchthaus	Geld-
Jahr	Jahre	Monate	Wochen
1890-1891	87	6	4
1891-1892	80	2	4
1892-1893	63	7	3
1893-1894	58	8	—
1894-1895	64	10	—
1895-1896	84	8	1
1896-1897	118	8	—
1897-1898	54	7	1
1898-1899	74	1	—
1899-1900	64	7	3
1900-1901	82	11	2
1901-1902	48	8	—
1902-1903	36	5	6
1903-1904	43	2	—
1904-1905	65	7	2
1905-1906	66	1	4
1906-1907	33	10	2
1907-1908	18	8	—
1908-1909	27	10	—
1909-1910	36	10	—
1910-1911	26	1	2
1911-1912	20	7	15

(2 Mon) (Festung)

Wenn wir uns überlegen, daß im Vorjahre (in zwölf Monaten!) im ganzen 26 Jahre Gefängnis gegen die Arbeiterbewegung ausgeteilt wurde, und dies Jahr allein schon in den zwei Monaten Dortmund Verhandlungen gegen Streik „Länder“ bis jetzt schon ca. 21 Jahre, so muß die Erklärung ganz bestimmter Art sein: die Arbeiterbewegung wird auch heute noch ausnahmegesetzlich behandelt.

Ganze Menschenalter haben Proletariatscharen schon hinter Gefängnismauern vertrauert, die lassen sich durch Paragrafenzüme in ihrem Vormarsch gegen den Kapitalismus wirklich nicht aufhalten. Daß das unsere Gegner noch nicht eingesehen haben zeigt, wie wenig sie mit der Arbeiterbewegung geistig fertig zu werden verstehen. Dort wo es am Geiste zur Antwort und am Mute zum Kampfe mangelte, erschien noch immer der Schreckenszustand, das Ausnahmegesetz als die Rettung. Es werden nicht nur die Bergarbeiter sein, die immer und immer wieder kommen, ihr Menschenrecht zu fordern!

Gleich und gleich.

Eine Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyer.

(12. Fortsetzung.)

Gottfried war glücklich — und er gönnte sich das Glück. Keinem Menschen, auch nicht der Mutter, sagte er ein Sterbenswörtchen davon. Der Alte hatte er erzählt, daß er mit dem Schorich gemeistert, aber es für schädlich gehalten habe, nicht alle seine Kraft gegen ihn anzuwenden, und sie, wenn auch mit einem gewissen Blick, hatte es gebilligt. Wenn sie ihn jetzt gelegentlich an sein Versprechen erinnerte, so lächelte er nicht ohne einen Ausdruck von Selbstgefühl. Seit jener Rede der Sophie traute er sich Gott weiß was zu; und es stand ihm jetzt gar wohl an, wenn er der Mahnerin erwiderte: sie solle nur ihn sorgen lassen! — Daß die Geschichte mit dem Schorich nicht recht vorwärts gehen wollte, das hatte offenbar seinen Grund. Unwillkürlich legte er in seinen Gedanken der Sophie einen Einfluß auf ihren Vater und eine Festigkeit bei, die zuletzt noch ihm zugute kommen könnten!

Welch ein Donner Schlag war es nun für ihn, als er vernahm, der Rothendauer und die Weilerbäuerin seien einig, die Heirat sei ausgemacht! Er hörte das von einem, der's nicht nur von dem Juden, sondern vom Rothendauer selbst hatte — von einem Nachbar, der seine Lügen zu sagen pflegte! Er konnte nicht zweifeln! Zum Glück war der Mann, während er es ihm abends in seinem Hof erzählte, mit Abwaschen eines Gerätes beschäftigt und hatte seine Augen darauf gerichtet — er konnte also nicht sehen, wie Gottfried erschrocken und blaß wurde. Der arme war völlig vernichtet. Das einzige, was er zu antworten vermochte, war: „So! — Endlich!“ Dann wendete er sich instinktmäßig weg und sagte: „Guten Abend!“ Der andere rief: „Wo willst du denn hin so schnell?“ — „Ich will's meiner Mutter erzählen!“ erwiderte Gottfried und verschwand.

Alles war zerstört. Nun waren die Vorstellungen, an denen er so glücklich geblieben hatte, eben doch eine Narrheit gewesen, und zwar die allergrößte! Die Hoffnungen, die er gehegt, waren gegründet auf die unglücklichsten Einbildungen! Wie grausam schämte er sich ihrer! Wie brennend ging es ihm durchs Herz, und wie trieb es ihm das Blut ins Gesicht, daß ihm förmlich der Kopf schwankte! Er hatte sich der unverzeihlichsten Eitelkeit schuldig gemacht; — und für ihn, der dem Guten nachgetrachtet und sich schon für so weise gehalten hatte, war's

Von den Schwarzburg-Rudolstädter Landtagswahlen.

Als am 10. November v. Js. die Landtagswahlen unseren Genossen in Schwarzburg-Rudolstadt eine Majorität brachten, sah man in allen politischen Kreisen mit Spannung den nun kommenden Dingen entgegen. Die bürgerliche Presse prophezeite ein völliges Fiasko mit einem solchen Landtage. Unsere Genossen aber haben im Laufe der wenigen Sitzungen, die stattfanden, bewiesen, daß sie gewillt waren, positiv mitzuarbeiten, sofern die Regierung den von uns gestellten zeitgemäßen Forderungen entgegenzukommen bereit war. Die bürgerlichen Abgeordneten des Landtages und die Regierung zeigten jedoch, daß ihnen an einem Zusammenarbeiten mit unserer Partei nichts gelegen war und so mußte denn, wollte die Sozialdemokratie nicht alle ihre Grundzüge und Forderungen verlegen, die Landtagsauflösung kommen.

Am kommenden Freitag, dem 7. Juni, muß das Schwarzburger Volk nun abermals zur Wahlurne schreiten, um die Antwort auf das Vorgehen der Regierung und ihrer bürgerlichen Trabanten zu geben. Eine Wahlbewegung, die an Heftigkeit alles bis jetzt in Schwarzburg-Rudolstadt dagewesene übertrifft, hat eingesetzt. Die bürgerliche Presse öffnet alle Schleißen, um im Reichsverbandstil unsere Sache in den Schmutz zu treten. Da ist kein alter Ladenaüter des Reichsverbandes, der in diesen Tagen nicht wieder zur Geltung käme. Aus Furcht und Angst vor einer nochmaligen roten Landtagsmajorität haben die Bürgerlichen sich zu einem „Vaterländischen Wahlverein“ zusammengeschlossen, in dem der „Liberale“ mit seinem agrarischen Bundesgenossen Arm in Arm gegen unsere Partei loszieht. In allen Wahlkreisen haben sich die Bürgerlichen auf gemeinsame Kandidaturen geeinigt. Aber trotz dieses Zusammenschlusses aller reaktionären Elemente ist es mit den Aussichten für die bürgerlichen Parteien durchaus nicht so glänzend bestellt, und vor wenigen Tagen noch appellierte das Regierungsorgan angesichts der Nutzlosigkeit der bürgerlichen Kreise an die letzteren, sich an der Kampfbegeisterung und der Opferfreudigkeit der Sozialdemokraten ein Beispiel zu nehmen. Im Wahlkreise Frankenhäuser Land, wo wir das letztemal mit 47 Stimmen in der Minorität blieben, und wo der bisherige Vertreter nicht wieder kandidieren will, haben die Bürgerlichen trotz allen Zusammenschlusses bis heute noch keinen passenden Kandidaten gefunden, sodaß für uns die Aussicht besteht, diesen Kreis neu zu holen.

Die sozialdemokratische Partei hat angesichts der Sachlage und der Erkenntnis, daß es jetzt in Schwarzburg-Rudolstadt ums Ganze geht, eine zielbewußte und energische Agitation eingeleitet. Eine in vielen tausend Exemplaren verbreitete Broschüre hat die Wähler noch einmal über die Situation aufgeklärt. In allen Orten, wo der Terrorismus der Gegner uns nicht die Säle abtrieb, haben Volksversammlungen stattgefunden. In dieser Wahlarbeit werden die Genossen noch von den Abgg. Baudert, Bock, Hofmann, Leber, Dr. Quark und Knauer unterstützt. Die Partei hat alles getan, was möglich war.

An den Landtagswählern von Schwarzburg-Rudolstadt liegt es nun, zu entscheiden, ob sie eine fortschrittliche oder reaktionäre Politik in ihrem Lande haben wollen.

Aus der Partei.

Von der Parteipresse. Eine Landeskongress der Parteigenossen der drei weimarischen Kreise beschloß die Gründung eines gemeinsamen Parteiorgans für die weimarischen Kreise. In Jena errichten bisher ein Kopfblatt der „Neuzeitlichen Tribüne“ für den dritten weimarischen Kreis; der erste und zweite weimarische Wahlkreis hatte ein Kopfblatt der „Erfurter Tribüne“. Die drei Blätter werden vom 1. Januar d. J. ab durch ein Organ ersetzt, das in einer neu zu errichtenden Parteidruckerei in Jena erscheinen soll.

Zu den Parteistreitigkeiten in Württemberg. In Sachen der Sanierung des Göppinger Parteiufernehmens erläßt der württembergische Landesvorstand eine umfangreiche Erklärung gegen unwahre und die Sache direkt verdröhnende Darstellungen, die der Stuttgarter Korrespondent des „Vorwärts“ in diesem und einigen anderen Parteiblättern gegeben hat. Es handelt sich im wesentlichen um die Behauptung, der Landesvorstand habe vom Austritt des Genossen Dr. Thalheimer aus der Redaktion der „Freien Volkszeitung“ die finanzielle Sanierung des Göppinger Parteiufernehmens abhängig gemacht. Dazu sagt der Landesvorstand: „Dieser Artikel enthält das Ungeheuerlichste und Verleumderischste, was bisher gegen die Tätigkeit des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs aus dem Lager der eigenen Partei veröffentlicht wurde, und stellt in dieser Hinsicht sogar noch den bekannten Ausschreibungsbrief des Genossen Westmeyer in den Schatten. In dieser Einfindung wird nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß der Landesvorstand den Göppinger Parteigenossen gegenüber die Rolle des Erpressers gespielt und die finanziellen Schwierigkeiten des Göppinger Parteiorgans dazu mißbraucht habe, die Entlassung des Genossen Dr. Thalheimer zu erzwingen. Es ist unwahr, daß der Landesvorstand in irgendeinem Stadium der Verhandlung die Entlassung Dr. Thalheimers verlangt hat. Wahr dagegen ist, daß die Ulmer Parteigenossen verlangt haben, daß der seit der Gründung ihres Parteiorgans mit dessen Leitung betraut gewesene Genosse Köhmann die politische Redaktion der zu vereinigenden Parteiblätter übernehmen solle, da sie keine Ursache haben, einen Mann um seinen Einfluß auf ihr Parteiorgan zu bringen, mit dessen Leistungen sie in jeder Hinsicht zufrieden waren. Wahr ist, daß Genosse Dr. Thalheimer seinen Austritt aus der Redaktion persönlich und freiwillig erklärte. Dem wahren Tatbestande gegenüber bedeutet die unwahre Darstellung im „Vorwärts“ eine beabsichtigte Herabwürdigung des Landesvorstandes. Die Göppinger Parteigenossen haben der Sanierung unter den mitgeteilten Modalitäten und nach Kenntnisnahme des Austritts des Genossen Dr. Thalheimer aus der Redaktion mit einer an Einmütigkeit grenzenden Majorität (mit allen gegen 6 Stimmen) zugestimmt. Da heißt es doch mit den Interessen der Partei ein geradezu frivoles Spiel treiben, wenn jetzt auf dem Umwege über den „Vorwärts“ die sich anbahnende Verständigung der württembergischen Parteigenossen wieder zerstört wird. Der Landesvorstand behauptet, daß das Zentralorgan der Partei sich von seinem Berichterstatter dazu mißbrauchen läßt, pflichtgemäß handelnde Parteigenossen zu beschimpfen, ohne sich über den wahren Sachverhalt zu orientieren, was besonders im vorliegenden Falle beim Parteivorstand sehr leicht möglich gewesen wäre. Es ist das um so bedauerlicher, als die Redaktion des „Vorwärts“ seit langem wissen muß, daß ihr Stuttgarter Berichterstatter bei seinen Arbeiten keinerlei Rücksicht auf das Interesse der Partei nimmt. Derselbe erblickt seine Aufgabe darin, notwendige Vereinbarungen, die sich aus den Verhältnissen ergeben, tendenziös zu entstellen. Dieses parteischädigende Treiben, das dazu angetan ist, den Parteistrett in Württemberg weiter zu schüren, verdient die entschiedenste Verurteilung und Mißbilligung der gesamten Parteigenossenschaft.“

eine dreifache Schande! Alles war verloren — das Glück und die Ehre eines vernünftigen, bescheidenen Menschen! — Das war die gerechte Strafe für die Hoffart seiner Wünsche und Hoffnungen! Die Sophie, die reichste Bauernochter sechs Stunden im Umkreis, die Seelige! — Er fuhr ordentlich zusammen, daß er die Kühnheit gehabt, einen so ganz ungläublichen Gedanken zu fassen.

Die Nachricht der Mutter mitzuteilen, konnte ihm natürlich nicht einfallen. Er lief aufs Feld hinaus und dort hin und her, bis es dunkel wurde. Dann kehrte er heim und ging gleich zu Bett. — Nach einer schlechten Nacht suchte er in aller Frühe den Wald auf und kam gegen Mittag abgearbeitet, matt und hungrig nach Hause. Wie verumutet, erzählte ihm die Mutter nun selber die Neuigkeit, und er konnte darauf antworten: „Haben sie einmal Ernst gemacht? Sie haben sich lange beonnen, die Leute!“

Sein Leben wurde still und einsam, stiller als je zuvor. Er faßte sich wieder; aber sein Herz blieb gedrückt, und keine Freude kam in ihm auf. Aber sein ganzes Wesen breitete sich ein Schleier von Trauer aus und es kostete ihn große Anstrengung, gegen andere den wahren Grund nicht merken zu lassen.

Kein lebendiger Mensch kann aber so entzogen, daß sein Herz gar nicht mehr dagegen aufstände und kämpfte. Jeder ist fähig der Eifersucht und des Neides, jeder kann erzürnt das Gesicht belangen wollen, das ihm geweigert, was es anderen gegeben hat. Wenn unser Gottfried siegreich kämpfte gegen Anwandlungen böser Mißgunst und gegen den Neiz, den glücklichen Nebenbuhler sich als einen Unwerten vorzumalen, so konnte er sich doch nicht die Sophie als das Weib eines anderen denken, ohne daß es ihm grausame Stiche ins Herz gab. Sie kam ihm jetzt würdevoller, lieber und schöner vor als nur jemals; und so sollte ein anderer sie haben und sollte leben mit ihr! — Und er? — Nahm er trotzdem ein Weib: er konnte sich nicht vorstellen, wie er irgend Freude an ihr haben sollte. Unmutig, erzürnt wandte er sich von dem Gedanken weg, so oft er sich ihm darstellte.

Der Mutter, welche Mühe er sich gab, ihr gegenüber gleichgültig zu tun oder sich über allerlei Unannehmlichkeiten, wie sie in jedem Geschäft vorkommen, ärgerlich zu stellen, mußte sein Wesen notwendig auffällig werden. Sie schüttelte den Kopf, als ob sie ihn nicht mehr recht begriffe, und beschloß, der Sache auf den Grund zu kommen. — Sie hatte dabei ihre eigenen Gedanken — und einen Vorbehalt.

Eines Nachmittags, wo ein Landregen den Sohn zu Hause hielt, begann sie ohne weitere Einleitung: „Hör einmal, Gottfried, du hast etwas in deinem Kopfe! Leugn's nicht! Du bist nicht mehr wie sonst — mit dir ist was vorgegangen!“

Gottfried, auf eine solche Anrede gefaßt, erwiderte: „Es kann sein.“

„So!“ rief die Alte. „Ich hab' also recht! — Was ist dir denn passiert?“

Der Burche zuckte die Achsel mit einem Schein von Laune. „Ja“ versetzte er, „da rat einmal!“

Jene sah ihn an. Mit einemmal rief sie im Ton des Bedauerns: „Wäre's möglich! Hast eine gewollt, und sie hat dich nicht gemacht?“

Gottfried zeigte eine Miene, in der kein Widerspruch lag.

„Armer Bub“, rief die Alte. „Ja, so kanns einem freilich gehen! — Aber du hast mir ja gar nichts erzählt! — Welche ist's denn?“

Der Burche lächelte melancholisch. „Siehe Mutter“, erwiderte er, „du weißt, so was sagt man nicht gern!“

„Aber mir kannst du's doch sagen“, rief die Alte; — „deiner Mutter!“

„Grab' dir nicht“, entgegnete der Sohn. „Du tätest ihr vielleicht böß werden, daß sie deinen Sohn verdammt hat, — und das will ich nicht haben! — Was hilft's auch? Verloren ist verloren!“

Die Alte dachte bei sich: das will ich schon noch herauskriegen! Dann versetzte sie: „Wenn du so denkst, das ist freilich das Best! — Aber ich seh' dir's an, es fränkt dich doch, mein guter Bub — und ich verwunder' mich nicht darüber, 's ärgert mich selber! — Weißt aber, wie du die am meisten kriegen könntest? Wenn du dir jetzt gleich eine andere nehmen läßt!“

Der Sohn lächelte, die Wehmut seiner Seele nicht verleugnend. „Das wär' zu schnell, Mutter“, erwiderte er. „Nach so einer Affäre, da hat man doch nicht gleich wieder Courage!“

„Ja“, rief nun die Mutter, „das hilft jetzt aber doch nichts! Denn heiraten mußt du einmal — es geht nicht anders!“

Der Sohn schwieg. „It's denn aber wirklich so nötig, Mutter?“ entgegnete er dann. Und mit einem Blick der Trauer setzte er hinzu: „Für mich ist's vielleicht am besten, wenn ich garnicht heirate!“

„Red' nicht so ungeschickt!“ rief die Alte. (Fortsetzung folgt.)

Auf Grund unserer Kenntnis der ganzen Sachlage können wir nur bestätigen, daß der Stuttgarter Korrespondent des „Vorwärts“ letzteren in ganz unerhörter Weise angegriffen hat, lediglich um Stimmung gegen ihm mißliebige Genossen zu machen. Solchen Elementen innerhalb unserer Partei muß schon aus einem gewissen Reizlichkeitsgefühl heraus das Handwerk so schnell wie möglich gelegt werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streit in der Farbenfabrik Chr. Hoffmann-Steinberg in Gellse. Seit bald sieben Wochen stehen die Arbeiter dieser Fabrik im Streit. Die Arbeiter verlangten eine Erhöhung der Löhne. Die Fabrikleitung konnte sich dem nicht ganz verschließen, daß die Löhne eine Aufbesserung verlangten, denn sie bot teilweise Verbesserungen an. Die Arbeiter hätten somit keine Ursache gehabt zu streiken, wenn nicht mit den Verbesserungen der Löhne zugleich sozial Verschlechterungen der allgemeinen Arbeitsverhältnisse eingeführt werden sollten, daß von Verbesserungen keine Rede mehr sein konnte. Hinzu kommt aber noch, daß die Firma äußerst diktatorisch gegen die Arbeiter vorging. Mag die Betriebsleitung in ihrem hartnäckigen Standpunkt sich auch dadurch gestützt fühlen, daß es gelungen ist, eine Anzahl Streikbrecher herbeizuschaffen. Wieweit sie aber damit kommen wird, dürfte sich bald herausstellen. Die Arbeiter haben auch nach Ausbruch des Streiks es nicht fehlen lassen, auf dem Verhandlungswege zu einer annehmbaren Einigung zu kommen. Die Firma war aber all diesen Versuchen gegenüber unzugänglich. Nach wie vor stehen die Arbeiter geschlossen im Streit und werden ihn erfolgreich durchführen. Dazu gehört aber, daß der Zug strengstens ferngehalten wird.

Kommunales.

Urkundenfälschung auf einem Bürgermeisteramt. In der rheinischen Stadt Manen spielte sich dieser Tage ein aufsehenerregender Beleidigungsprozess ab. Der Angeklagte, ein Schuhmachermeister, wurde wegen formaler Beleidigung des Bürgermeisters von Manen, Schäfer, zu 50 Mk. Strafe verurteilt. Es wurde aber durch die Aussagen der Zeugen festgestellt, und im Urteil ausdrücklich niedergelegt, daß auf dem Bürgermeisteramt Urkundenfälschungen vorgekommen sind. Die Zeugen erklärten, daß die in gewissen Zusammenlegungsakten vorhandenen Unterschriften ihrer Namen von ihnen niemals gegeben worden und es ihnen unerkennbar sei, wie sie in die Akten hineingekommen seien; andere Unterschriften waren nur für ein begrenztes Gebiet, nicht für einen ganzen Ort gegeben worden, fanden sich in den Akten aber als für den letzteren gegeben vor. Das Gericht konnte die Sache nicht völlig aufklären, da der frühere Bürgermeisterlektant, jetzige Bürgermeister Baßen, kein Zeugnis verweigerte, da er sich andernfalls der Strafverfolgung aussetze. In dieser Zeugnisverweigerung hatte ihm zugegebenermaßen der „beleidigte“ Bürgermeister Schäfer geraten. Das Gericht nahm indes an, daß Bürgermeister Schäfer dennoch mit den Urkundenfälschungen nicht einverstanden gewesen sei, diese vielmehr von dem Bureauverwalter, insbesondere dem damaligen Bürgermeisterlektant Baßen vorgenommen worden seien. — Da das Verfahren gegen den Bürgermeister Baßen unvermeidlich geworden ist, wird man wohl noch weiteres erfahren.

Polizei und Stadtverwaltung. In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Gießen richteten die sozialdemokratischen Stadtverordneten an den Oberbürgermeister die Anfrage, ob ihm der mehrfache Amtsmissbrauch von Offener Polizeibeamten bekannt geworden sei, der darin bestand, daß sie sich die Namen von Mitgliedern gewerkschaftlicher Organisationen auf ungesetzmäßige Weise beschafft und Interessenten mitgeteilt haben. Bejahendenfalls wurde weiter gefragt, ob der Oberbürgermeister bereit sei, für die dadurch brodelnde gemordene Bürger einzutreten und bei der Regierung dahin zu wirken, daß die Beamten zur Rechenschaft gezogen und zur Beachtung der Gesetze angehalten werden. Nach einer längeren Aussprache, in der der Oberbürgermeister zunächst versprach, daß diese Angelegenheit zur Kompetenz der Stadtverordnetenversammlung gehöre, lehnte er es rundweg ab, irgendwelche Schritte zugunsten der geschädigten Mitglieder zu unternehmen oder bei der Regierung über die Beamten Beschwerde zu führen. Bemerkenswert ist, daß das Zentrum sich völlig ausschloß, während ein den Gelben nahestehender liberaler Stadtverordneter dem Oberbürgermeister zu Hilfe eilte.

Soziales.

Neue Einwanderung von Italienern. Der Raubkrieg der Italiener in Tripolis hat bekanntlich ganze Scharen armer Proletarier von Deutschland geholt und als Kanonenfutter verwendet. Unternehmer haben dies bereits beklagt, weil sie ihre billigen Arbeitskräfte verloren haben. Nun ergreift die Türkei nach langem Zögern Maßregeln und wies viele Tausende von Italienern aus der Türkei aus. Großmächtig hat nun die Regierung in Rom der Welt erklärt, daß sie auch den Rest der in der Türkei verbleibenden Italiener zu vertreiben, damit die Türkei bei Bahnbauten usw. in Verlegenheit kommen soll. Man habe „Brot und Arbeit“ genug im Lande Italien. Wäre dies der Fall, so müßten nicht alljährlich so viele Tausende armer Italiener über die Alpen wandern, um in Deutschland als Lohnbrüder aufzutreten. Geheim muß aber die Ausweisung der Regierung in Rom doch größere Sorgen bereiten, als man öffentlich zugibt und in die Welt posant. Denn die Konsulate in Deutschland haben eine geheime Anweisung erhalten, für die Unterbringung der Ausgewiesenen baldigst Sorge zu tragen. Die Konsulate stellen nun bereits Erhebungen an, ob in einzelnen Städten Deutschlands Arbeitermangel herrsche, ob auch Streiks usw. vorhanden sind, damit man die armen Ausgewiesenen da sofort unterbringen könne. Auch über die Anweisungen in einzelnen Branchen wie in der Metallindustrie suchte man sich zu informieren, weil eben bei solchen Gelegenheiten viele „Arbeitsplätze“ gebrochen würden. Man sieht also wiederum, daß die armen Italiener zu Lohnbrüdern, Streikbrechern von ihrer eigenen Regierung kommandiert werden sollen, nur damit sie aus dem Lande Italien abgehoben werden können und dem Staat nicht zur Last fallen, der jetzt alle Mittel braucht, um das „Christentum“ den Arabern zu bringen.

Der Antrag der Konkurrenzklause. Nach den Bestimmungen, die der Chef des Reichsanzeigers des Innern im Reichstag abgegeben hat, plant die Regierung eine Reform der Konkurrenzklause nur im Rahmen des Handelsgesetzbuchs, also lediglich für die Handlungsgeschäfte, während die der Gewerbeordnung unterliegenden Techniker unberührt bleiben sollen. In reich bräunlicher Weise aber gerade die technischen Angestellten gegenüber die Konkurrenzklause angewandt wird, das beweisen folgende vier Fälle, die die „Frankfurter Handelsblätter-Zeitung“, das Organ des Bundes der technischen Einzelhandels-Beamteten, innerhalb eines einzigen Monats zu veröffentlichen in der Lage ist.

Fall 1: Die Firma Breuer, Schumacher u. Co. A.-G. in Kalk engagiert ihre Techniker frisch von der Schule weg. Die in der Praxis noch gänzlich unerfahrenen jungen Leute müssen drei- bis fünfjährige Kontrakte bei minimaler Gehaltssteigerung unterschreiben. Außerdem wird ihnen noch eine Konkurrenzklause mit 10 000 (zehntausend) Mark Konventionalstrafe auferlegt. Dabei beträgt das Anfangsgehalt 125 M. monatlich, steigend jährlich um 10 Mark.

Fall 2: Ein bei den Bremer Vestingheimer Eisfabriken beschäftigter Chemiker Dr. S. mußte sich bei 2400 Mk. Gehalt eine Konkurrenzklause mit 30 000 (dreißigtausend) Mark Konventionalstrafe auferlegen lassen, die ihm jede Konkurrenzfähigkeit auf drei Jahre nach einem Auscheiden aus der Firma in Deutschland und den angrenzenden Ländern verbot. Da er, um nicht zu verhungern, in Belgien eine Stellung annahm, wurde er auf 30 000 Mk. Konventionalstrafe verurteilt und vom Gerichte auch verurteilt mit der Begründung — er hätte nach Amerika auswandern sollen.

Fall 3: Die Firma Armaturenfabrik, Metallgießerei, Apparate-Bau-Anstalt Heine u. Seifart, Hirschberg i. Schl. engagiert einen Zeichner für monatlich 40 (vierzig) Mark, legt ihm aber eine Konkurrenzklause mit einer Konventionalstrafe von 1000 (tausend) Mark auf. Woher der Mann die 1000 Mark nehmen soll, bleibt ein Rätsel, das aber gelöst wird durch

Fall 4: Die Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. Klein, Schanzlin u. Becker in Frankfurt a. M., die ihren Angestellten eine Konkurrenzklause mit 3000 (dreitausend) Mark Konventionalstrafe auferlegt, zieht nämlich von jedem Monatsgehalt bereits im voraus zehn Mark ab, um im Falle einer event. späteren Zuwiderhandlung gedeckt zu sein. Die so angespeicherte Summe wird bis zwei Jahre nach dem Austritt des Angestellten zurückbehalten. Hier also muß die Konventionalstrafe quasi pränumerando gezahlt werden, noch ehe ein Verstoß gegen die Konkurrenzklause überhaupt erfolgt ist. Deutlicher kann kaum bewiesen werden, wie notwendig eine Reform der Konkurrenzklause für die technischen Angestellten ist.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Urteil im Mühlheimer Eisenbahnunfallprozess wurde gestern abend gefällt: Der Angeklagte Watten wurde wegen fahrlässiger Tötung und schwerer Körperverletzung sowie Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis, wovon 10 Monate Untersuchungshaft abgerechnet werden, verurteilt. Der Zugführer Baehr wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Geizier Maenne wurde freigesprochen.

Draconische Strafe. Ein Arzt in Pfulzen (Oberpfalz), dem der Postbote zwei Pakete ins Haus brachte, trennte von den Begleitadressen die Marken ab, um sie seiner Sammlung einzuverleiben. Als ihn der Postbote darauf aufmerksam machte, daß dies unzulässig sei, weil die Adressen mit den Marken (der Kontrolle wegen) Eigentum der Post bleiben müssen, bemerkte der Arzt leichtsin. er wolle doch sehen, ob die Sache wirklich so schlimm sei. Jetzt hat er's gesehen: die Strafkammer des Landgerichts Regensburg hat ihn nämlich wegen „Vergehens wider die öffentliche Ordnung“ zu drei Monaten und einem Tage Gefängnis (!) verurteilt, wobei noch das Mindestmaß abgemindert wurde.

Aus Nah und Fern.

Spionage-Affäre in Spandau. Im Spandauer Artillerie-Depot sind durch einen Einbruch wichtige militärische Papiere gestohlen worden. Die Kriminalpolizei, die Berliner politische Polizei und der Große Generalstab entfalteten in der Sache selbst eine fleißige Tätigkeit, bewahren aber sonst über Einzelheiten strenges Stillschweigen. Es wird vermutet, daß ein Beamter an dem Einbruch beteiligt sei. Von den zwei Spuren, die momentan verfolgt werden, führt die eine in das Ausland, die andere nach Berlin. Die Unteroffiziere, die bisher in Verdacht geraten sind, konnten ihre Unschuld einwandfrei nachweisen. In den nächsten Tagen soll eine offizielle Darstellung der ganzen Affäre veröffentlicht werden, ein Beweis dafür, daß es sich um eine Angelegenheit von ganz erheblicher Bedeutung handelt.

Liebesdrama. Der 20jährige Hilfsgerichtsschreiber Gelling in Braunschweig tötete in einem benachbarten Wäldchen seine Geliebte, die 15jährige Lucie Miklaus, durch zwei Schüsse in die Schläfe und das linke Auge. Darauf erschoss sich Gelling selbst. Grund der Tat ist in der Weigerung der Eltern des Mädchens zu suchen, das Verhältnis zwischen den beiden jungen Leuten zu dulden. Die Tat ist im Einverständnis mit dem Mädchen erfolgt.

Massacre gegen streikende Arbeiter. Aus Massachusetts meldet der „Bostoner Anzeiger“: Dreihundert streikende Weber haben die Polizei angegriffen, die auf sie schoß, wodurch sieben von ihnen getötet worden sind.

Von Mädchenhändlern entführt. Vor etwa zwei Wochen verdingten zwei junge Damen aus angesehenen Familien aus Dresden. Die Mädchen, die im 15. und 17. Lebensjahre stehen, waren mit ihren Eltern ins Theater gegangen, hatten sich aber noch während der Vorstellung entfernt. Man vermutete zuerst, daß sie durch schlechte Gesellschaft nach Berlin verschleppt worden seien. Jetzt stellt sich heraus, daß sie von Mädchenhändlern entführt worden sind. Zurückgelassene Briefe deuten darauf hin, daß sie durch hupenartige Mittel beinflusst wurden. Die Briefe boten der Polizei die erste Handhabe. Der Poststempel wies als Aufgabedort Abbazia aus. Daraus schloß die Polizei, daß die jungen Damen in Rume sich nach Amerika eingeschifft hätten. Die humaner Polizei stellte fest, daß die Verschwindenen mit dem Dampfer „Pannonia“ in Gesellschaft eines verächtlichen Herrn Rume verlassen hatten. Daraufhin wurde das deutsche Konsulat in Gibraltar erjucht, die jungen Mädchen in Gibraltar festzuhalten, wohnin die Eltern aus Dresden kommen würden. Das Konsulat hat diesem Wunsch auch entsprochen und die beiden jungen Mädchen in Obhut genommen.

Episoden am Reisen. Gestern nacht zwischen 12 und 1 Uhr fand in Gotha zwischen Kriminalbeamten und einer Anzahl Schülern ein heftiger Kampf mit zwei internationalen Einbrechern statt. Die Verhaftung gestaltete sich äußerst schwierig, da die Verbrecher bewaffnet waren und hartnäckigen Widerstand leisteten. Die beiden Einbrecher haben große Eisenbruchdieselschleife in Weimar, Erfurt, Berlin, Düsseldorf und Gotha verübt. Der eine von ihnen, ein gewisser Arthur Krause, wird von der Berliner Staatsanwaltschaft fleißig verfolgt.

Unwetter im Eichsfeld. Ein fürchterliches Unwetter hat gestern im Eichsfeld gehaust. In Wehnde schlug der Blitz in die Kirche ein, die stark beschädigt wurde. In Müllingerode wurde der Schäfer Berner vom Blitz erschlagen.

Doppelselbstmord. In der Nähe von Martensburg stürzte sich ein Liebespaar von der Eisenbahnbrücke in die Mogat und ertrank. Die Leichen konnten noch nicht gefunden werden.

Aufgehobene Falschmünzerverfälscht. In Düsseldorf wurde in der vergangenen Nacht eine Falschmünzerverfälscht aufgehoben, in der viele falsche Zwei- und Dreimarkstücke angefertigt worden sind. Eine große Menge Wertzeuge wurde beschlagnahmt. Als Falschmünzer wurde ein Reisender aus Hannover und als Verbreiter der Geldstücke ein Reisender aus Paderborn verhaftet.

Blitzschlag in eine Waldbearbeitergruppe. Im Schapbachtal bei Karlsruhe fuhr während eines schweren Gewitters der Blitz in eine Schar Waldbearbeiter. Ein Arbeiter wurde sofort getötet, die übrigen teils verletzt, teils getötet.

Selbstmordversuch des Leutnants Paterno. Ein dramatischer Zwischenfall ereignete sich am Sonnabend vor den Mitternacht während der Verhandlung des Wobdaprozesses gegen den Leutnant Paterno, der angeklagt ist, die Hofdame der Königin von Italien, Gräfin Trigona, getötet zu haben. Während der Aussagen eines Zeugen verfuhr plötzlich Leutnant Paterno seinem Leben ein Ende zu machen, indem er mehrmals mit dem Kopf gegen das Eisengitter rannte, das die Anklagebank umzäunt. Blutüberströmt sank der Mörder zur Erde und mußte aus dem Saal getragen werden, während der Präsident unter großer Erregung des Publikums die Sitzung schloß. Der Zustand Paternos gibt zu Bedenken Anlaß.

Fünzig Dampfer durch Eismassen aufgehalten. Durch größere Eismassen und Nebel werden bei dem Svalbard-Leuchtturm im Weissen Meer fünfzig Dampfer, vorwiegend ausländische, festgehalten. Ein aus Norwegen nach Archangelsk einsehender großer Rettungs-dampfer ist dort bisher nicht eingetroffen.

Der Nießenbrand in Konstantinopel ist, wie dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet wird, am Montag früh in einem in Bau befindlichen Heizhaus zwischen der Ahmed Moschee und dem Maxarameer durch Fahrlässigkeit zum Ausbruch gekommen. Zu Beginn schien das Feuer nicht gefährlicher als Brände, die zu Anfang der warmen Jahreszeit täglich vorkommen. Erst nach einigen Stunden erschienen die Feuerwehrcorps von Pera und anderen Stadtteilen, da die Feuerwehrcorps von Stambul allein den Brand nicht meistern konnte; auch Militär ist zur Hilfeleistung beordert worden. Ein scharfer Südostwind, der sich zur Mittagszeit aufmachte, hat dem Feuer rasch eine große Ausdehnung verliehen. Zahlreiche Holzhäuser, die durch die seit 14 Tagen herrschende Hitze völlig ausgetrocknet sind, flammten in wenigen Augenblicken auf. Die Abgebrannten kampierten mit dem wenigen geretteten Hausrat auf den umliegenden Plätzen, besonders vor der Ahmed Moschee auf dem Almeidaanlage mit dem Brunnen Kaiser Wilhelm II. Der ganze Stadtteil ist durch Militärposten abgesperrt. In dem großen steinernen Balak des Justizministeriums, dessen Nachbargebäude bereits brannten, hatte sich ein starkes Aufgebot der Feuerwehr und des Militärs löschbereit aufgestellt. Nach den letzten telegraphischen Meldungen hat der Brand hinter dem Ackerbauministerium Halt gemacht. — Der Brand dauerte 12 Stunden. Die genaue Zahl der abgebrannten Häuser ist unbekannt. Die Schätzungen in der Presse schwanken zwischen 1000 und 2000. 6 Moscheen, 5 mohammedanische Schulen, 3 Badeanstalten, das Gebäude der Theologischen Hochschule und die Moschee des Sultans Ahmed sind abgebrannt. Das Hauptgebäude der tierärztlichen Schule wurde gerettet. Nur das chemische und bakteriologische Laboratorium und einige Nebengebäude sind verbrannt. Der Schienenweg der Orientbahn ist bis zur Station Kumpaku durch die Trümmer gesperrt. Der Verkehr der Züge ist auf eine Strecke von einer halben Stunde unterbrochen. Zahlreiche Telegraphen- und Telephonleitungen sind zerstört. Die Abgebrannten verbrachten die Nacht bei Freunden, unter Zelten oder unter freiem Himmel. Von den Behörden wurden die ersten Hilfsmittel verteilt. Die Polizei verhaftete zahlreiche Diebe, die gerettete Gegenstände zu stehlen versuchten. Die Zahl der Verletzten übersteigt 20; zwei der verletzten Schulkinder sind in der Nacht gestorben. Außerdem ist eine kranke Frau verbrannt. Die Verluste der Versicherungsgesellschaften betragen, soweit bisher ermittelt, 3/4 Millionen Franken, wovon eine halbe Million auf die Versicherungsgesellschaft in Triest entfällt. Die Presse widmet der Katastrophe lange Artikel und bedauert die Nachlässigkeit der Regierung, die nach so vielen schweren Brandkatastrophen nicht die nötigen Vorkehrungen beschafft habe. — In einem anderen Stadtteil Pera, brannten gestern vierzig Häuser nieder.

Blutbad im Gerichtssaal. In Oyonnax (Departement Ain) drang ein Arbeiter namens Comte während einer Verhandlung vor dem Friedensrichter in den Gerichtssaal und verlangte umgestium ein Attenstück. Als ihm dies verweigert wurde, feuerte er einen Revolver ab, tötete den Gerichtsaktuar und verwundete den Friedensrichter. Der Mörder wurde festgenommen.

New Yorker Verbrechertum. Wie der „Daily Chronicle“ aus New York meldet, erklärte der Chef der New Yorker Geheimpolizei, Flynn, daß die Verbrechen der Pariser Wachen Kinderspiel seien gegen die Gewalttaten des New Yorker Verbrechertums. Die Verbrecher seien in einer geheimen Bande, die sich Lupomorillo nennt, organisiert. Auf das Konto dieser Bande kämen während der letzten Zeit nicht weniger als 60 Morde. Im Durchschnitt habe diese Bande pro Tag eine Person auf dem Gewissen, wahrscheinlich erhöhe sich die Zahl aber noch durch Bluttaten, die nicht entdeckt werden können. Man findet ihre Opfer meist in den Abzugskanälen. Wir sind überzeugt, erklärte Flynn weiter, daß diese Bande einen eigenen Friedhof hat, auf dem sie ihre Opfer begräbt. Aber wir hoffen, daß wir diesen schaurigen Ort bald entdecken werden.

Kleine Chronik. Der Sägemühlbesitzer Mierat aus Elbingerode, der unter dem Verdachte verhaftet wurde, den Forstlehrer Kie erschossen zu haben, hat ein volles Geständnis abgelegt. Er hat eingestanden, den Lehrling, der sich am 23. Mai abends bei Elbingerode auf den Rehböckstand begeben hatte, und dabei auf drei Wilderer gestoßen war, durch zwei Schüsse niedergestreckt zu haben. Seine Gefährten bei der Mordtat, zwei Arbeiter, sind gleichfalls verhaftet worden. — In dem Militärlager von Aldershot ereignete sich gestern ein schwerer Unfall. Bei dem Reiten von Pferden in die Schwemme wurde ein Pferd unruhig und warf den Reiter, einen Gemeinen, ab. Ein anderer Soldat und ein Sergeant wollten ihn retten, doch ertranken alle drei. — Nach einer Depesche aus Lurfs, Island, ist der englische Lepland-Linie gehörige Dampfer „Antillian“ gestrandet. Die Passagiere und die Post seien unter großen Schwierigkeiten in Sicherheit gebracht worden. Bergungsdampfer seien nach der Unglücksstelle abgegangen, es sei aber zweifelhaft, ob das Schiff, das 5600 Tonnen groß ist, gerettet werden kann, da die See sehr hoch geht.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Herr Strupp? Fragte der Direktor und sah ihn mit seinem ironisch-müden Blick an.

„Herr Direktor, ich komme wegen des bevorstehenden Abanements. Seit zweieinhalb Jahren bin ich nicht anwesend.“

„Wie alt sind Sie?“ „Wierzig Jahre, Herr Direktor.“ „Dann ja, Sie sind nicht mehr jung.“

„Jawohl. Ich habe drei Kinder, das jüngste erst sechs Monate.“ „Erwiderte Strupp und schaute, als ob er weiter wollte.“

Der Direktor schüttelte mitleidig den Kopf und stand auf. „Ich werde sehen, was sich für Sie tun läßt.“

„Er reichte ihm die Hand und ein gültiges Nicken erhellte seine kalten Züge.“

Von einem schmerzen Drude befreit, in glücklicher Stimmung verließ Strupp das Zimmer des Direktors und kehrte zu seiner Arbeit zurück.

Zu Hause angekommen, ging er schnurstracks in die Küche, wo sie in einem Durcheinander von Kindern, Kochtöpfen und Wassergläsern mit den letzten Zurückzählungen der Uhrzeit beschäftigt war.

Die Beförderung.

Der Unterbeamte der Industriebank saß an seinem Tische und arbeitete. In ein langes schmales Buch schrieb er die Beiträge der Wechsel, die bei der Bank zum Diskont ein- gereicht wurden, und wenn eine Seite voll war, machte er die Addition. Große Ziffern kamen heraus.

Strupp war heute sehr schlecht gelaunt. Er hatte sich in der Früh mit seiner Frau geant, weil sie fünf Kronen zum Kauf eines Strohhutes für das jüngste Kind haben wollte.

Strupp hörte zu schreiben auf und dachte mit finsterer gerunzelten Augenbrauen nach.

Von einem Augenblick zum anderen kann sich die Tür öffnen und man wird ihm mitteilen, daß der Direktor bereit sei, ihn zu empfangen.

Er wird sich diesmal nicht wie sonst bei einem ähnlichen Anlaß tief verbeugen und seine Bitte um Beförderung mit demütigen Lächeln vorbringen, sondern aufrecht und frei von der Leber weg sprechen.

„Ich habe es bis hierher stets der Direktion überlassen und bin immer präferiert worden.“

Der Herr Direktor läßt den Herrn Strupp bitten! „Mit großer Freude“

„Was soll er dann tun?“ „Ich habe es bis hierher stets der Direktion überlassen und bin immer präferiert worden.“

Es gab bei einem Wochentag von 10 M. L. nur 8,84 M. L. für alle übrigen Bedürfnisse: Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung, Lebensmittel, etc.

Die Sonnenfleckendauer in Guyona

Die Sonnenfleckendauer in Guyona ist der Gegenstand höchst interessanter Untersuchungen geworden, die man kürzlich auf Grund der Sonnenfleckenaufzeichnungen, d. h. selbständiger Sonnenfleckenaufzeichnungen angestellt hat, wie solche seit Jahren auf den Wetterwarten der verschiedensten Länder mit Hilfe Flug ausgegebener Instrumente erhalten werden.

Über auch nach Osten nimmt die Sonnenfleckendauer zu, wenn auch nicht in gleichem Maße wie nach Süden. So hat z. B. Kofoid 1698 und das fast in gleicher Breite liegende Karharinoburg 1782 Sonnenfleckendauer.

Strupp hatte im sechsjährigen Mittel 1286 Sonnenfleckendauer, Kofoid 1698, das aber ihr Maximum nicht in der Zeit der längsten Tage, sondern im Mai (Nordwestdeutschland), Kofoid hat sein Maximum im Juni, Wien, Wola, Madrid im Juli.

Strupp hatte im sechsjährigen Mittel 1286 Sonnenfleckendauer, Kofoid 1698, das aber ihr Maximum nicht in der Zeit der längsten Tage, sondern im Mai (Nordwestdeutschland), Kofoid hat sein Maximum im Juni, Wien, Wola, Madrid im Juli.

Strupp hatte im sechsjährigen Mittel 1286 Sonnenfleckendauer, Kofoid 1698, das aber ihr Maximum nicht in der Zeit der längsten Tage, sondern im Mai (Nordwestdeutschland), Kofoid hat sein Maximum im Juni, Wien, Wola, Madrid im Juli.

Strupp hatte im sechsjährigen Mittel 1286 Sonnenfleckendauer, Kofoid 1698, das aber ihr Maximum nicht in der Zeit der längsten Tage, sondern im Mai (Nordwestdeutschland), Kofoid hat sein Maximum im Juni, Wien, Wola, Madrid im Juli.

Strupp hatte im sechsjährigen Mittel 1286 Sonnenfleckendauer, Kofoid 1698, das aber ihr Maximum nicht in der Zeit der längsten Tage, sondern im Mai (Nordwestdeutschland), Kofoid hat sein Maximum im Juni, Wien, Wola, Madrid im Juli.

So daß bei einem Wochentag von 10 M. L. nur 8,84 M. L. für alle übrigen Bedürfnisse: Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung, Lebensmittel, etc.

Die Mutterschaftsversicherung in Schweden.

Wie wir schon mitteilen, beschäftigt man in Schweden eine obligatorische Mutterschaftsversicherung einzuführen, und der Plan dazu war bereits von einem besonderen Komitee ausgearbeitet worden.

Strupp hatte im sechsjährigen Mittel 1286 Sonnenfleckendauer, Kofoid 1698, das aber ihr Maximum nicht in der Zeit der längsten Tage, sondern im Mai (Nordwestdeutschland), Kofoid hat sein Maximum im Juni, Wien, Wola, Madrid im Juli.

Strupp hatte im sechsjährigen Mittel 1286 Sonnenfleckendauer, Kofoid 1698, das aber ihr Maximum nicht in der Zeit der längsten Tage, sondern im Mai (Nordwestdeutschland), Kofoid hat sein Maximum im Juni, Wien, Wola, Madrid im Juli.

Strupp hatte im sechsjährigen Mittel 1286 Sonnenfleckendauer, Kofoid 1698, das aber ihr Maximum nicht in der Zeit der längsten Tage, sondern im Mai (Nordwestdeutschland), Kofoid hat sein Maximum im Juni, Wien, Wola, Madrid im Juli.

Strupp hatte im sechsjährigen Mittel 1286 Sonnenfleckendauer, Kofoid 1698, das aber ihr Maximum nicht in der Zeit der längsten Tage, sondern im Mai (Nordwestdeutschland), Kofoid hat sein Maximum im Juni, Wien, Wola, Madrid im Juli.

Strupp hatte im sechsjährigen Mittel 1286 Sonnenfleckendauer, Kofoid 1698, das aber ihr Maximum nicht in der Zeit der längsten Tage, sondern im Mai (Nordwestdeutschland), Kofoid hat sein Maximum im Juni, Wien, Wola, Madrid im Juli.

Strupp hatte im sechsjährigen Mittel 1286 Sonnenfleckendauer, Kofoid 1698, das aber ihr Maximum nicht in der Zeit der längsten Tage, sondern im Mai (Nordwestdeutschland), Kofoid hat sein Maximum im Juni, Wien, Wola, Madrid im Juli.

Ein Gemütskranke.

Wie hat denn die Kranke die letzte Woche übersehen können? — Nicht sehr gut, aber der Leichenentransport hiether ist doch bedeutend teurer!

Wohlbekanntes.

Wohlbekanntes. Wohlbekanntes. Wohlbekanntes. Wohlbekanntes. Wohlbekanntes.

Ein Gemütskranke.

Wie hat denn die Kranke die letzte Woche übersehen können? — Nicht sehr gut, aber der Leichenentransport hiether ist doch bedeutend teurer!

Wohlbekanntes.

Wohlbekanntes. Wohlbekanntes. Wohlbekanntes. Wohlbekanntes. Wohlbekanntes.

